

Die  
sozialen Aufgaben der Arbeitgeber.

---

Von

Wilhelm Oetzelhaeuser.

---

Zweite durchgesehene Auflage.

---



Berlin.

Verlag von Julius Springer.

1887.

Die  
sozialen Aufgaben der Arbeitgeber.

---

Von

Wilhelm Oechelhaeuser.

---

Zweite durchgesehene Auflage.

---



Berlin.

Verlag von Julius Springer.

1887.

## Vorwort zur ersten Auflage.

---

Die nachfolgende Abhandlung ist eine weitere Ausführung des Kapitels über die „Aufgaben der Arbeitgeber“ in meiner Ende vorigen Jahres erschienenen Schrift, „die Arbeiterfrage“ betitelt.

Ihr Zweck ist einzig und allein: diejenigen Arbeitgeber, welche auf sozialem Gebiet noch allzu lässig geblieben sind, an die strengere Erfüllung ihrer Verpflichtungen sowohl zur Teilnahme an dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie, als an den Bestrebungen zur Besserung des Looses der Arbeiter zu mahnen. Ich verwahre mich also entschieden dagegen, meine Arbeiterfreundlichkeit in Gegnerschaft gegen meine Berufsgenossen, die Arbeitgeber, umgedeutet zu sehen und vertrete nur solche Forderungen der Arbeiter, die in sich gerechtfertigt sind und deren Durchführbarkeit durch das Voranschreiten so vieler hochherzig denkender Arbeitgeber bereits praktisch erprobt ist. Keiner einseitigen Parteinahme, sondern einer Versöhnung der berechtigten Forderungen beider Theile, der Arbeitgeber wie der Arbeiter, ist meine Feder gewidmet.

Dessau im April 1887.

Wilhelm Dechelhaeuser.

## Vorwort zur zweiten Auflage.

---

Der zweiten Auflage meiner kleinen Schrift kann ich nur den Dank vorausschicken für die wohlwollende, vorurtheilsfreie Aufnahme, welche sie in den weitesten Kreisen der Arbeitgeber und fast in der gesammten Presse gefunden hat.

Allerdings sind auch von verschiedenen Vertretern der Großindustrie Bedenken laut geworden, als erkenne ich nämlich zu wenig an, was bereits auf humanitärem Gebiet geleistet wurde und als übersehe ich die Gefahr der von mir befürworteten Arbeiterkoalitionen.

Den ersten Vorwurf verdiene ich nicht. Wer meine Schrift aufmerksam liest, wird überall finden, wie sehr ich die hochherzigen Anstrengungen so vieler Arbeitgeber, und gerade auch aus den Reihen der Großindustriellen, zu schätzen weiß, und wie meine Mahnungen sich nur an die, leider allerdings große Zahl von Arbeitgebern aus allen Gebieten des wirthschaftlichen Lebens richten, welche hiermit zurückgeblieben sind. Ich habe übrigens Veranlassung genommen in dieser zweiten Ausgabe jene Anerkennung noch schärfer zu betonen, und somit jener irrthümlichen Auffassung noch entschieden vorzubeugen.

Was aber die Gefahr der Arbeiterkoalitionen und überhaupt der Einräumung weitergehender Rechte an die Arbeiter betrifft, so geht meine Befürwortung derselben nur von der bestimmten Voraussetzung aus, daß deren Förderung mit einem Kampf gegen die Sozialdemokratie und überhaupt einer scharfen Abgrenzung berechtigter und unberechtigter Forderungen der Arbeiter Hand in Hand zu gehen hat.

Deßau im Mai 1887.

Wilhelm Dechelhaeuser.

Eine der bemerkenswerthesten Erscheinungen bei der eben abgelaufenen Reichstagswahl ist das bedeutende Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen. Daß hierbei, nach den Eigenthümlichkeiten unseres Wahlgesetzes, die Zahl der Reichstags-Abgeordneten selbst sich vermindert hat, kann die Bedeutung jenes Wachsthums an und für sich nicht beeinträchtigen. Es wäre nun falsch, aus dieser Thatsache allein einen unmittelbaren Schluß auf die Wirksamkeit oder Unwirksamkeit des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie ziehen zu wollen. Die Wirkungen desselben gehen nach zwei Seiten. Einmal hat es unzweifelhaft das numerische Anwachsen der Sozialdemokratie, wenn auch, wie man sieht, nicht vollständig zu hindern vermocht, doch in bedeutendem Maaße eingeschränkt. Ohne den Erlaß dieses Gesetzes hätten wir sicherlich ein Anwachsen in noch ganz anderem Maaßstabe erlebt, als sich bei den letzten Wahlen ergab. Eine fernere unzweifelhaft günstige Einwirkung, hinsichtlich deren wir uns auf das Urtheil aller Industriellen, die Arbeiter in größerer Zahl beschäftigen, berufen, ist die von dem Augenblick jenes Erlasses ab hervorgetretene Besserung des Verhältnisses zwischen Arbeitern und Arbeitgebern. Indem die Arbeiter nicht mehr in solchem Maaße wie früher den fortwährenden Aufreizungen durch Wort und Schrift ausgesetzt waren, indem sie ferner mit einem Mal die ganze Macht des Gesetzes und einer fest geordneten Staatsgewalt kennen lernten, für welche ihnen in der vorausgegangenen Zeit ungezügelter sozialdemokratischer Wühlerei der Begriff abhanden gekommen war, wurde ihr persönliches Auftreten den Arbeitgebern gegenüber ein relativ friedlicheres. Die Erbitterung der aufgeheßten Arbeiter ist noch keineswegs gewichen, aber doch

zum Stillstand gekommen und dem Arbeitgeber hat sich wieder die Möglichkeit eröffnet, seinen Einfluß auf Besserung der beiderseitigen Verhältnisse zur Geltung zu bringen. Unzweifelhaft hat hierzu auch mitgewirkt, daß seitdem eine große Zahl von Arbeitgebern sich viel willfähriger gezeigt hat, berechtigten Forderungen und Wünschen der Arbeiter zu entsprechen und freiwillig mit Einrichtungen zu deren Gunsten vorzugehen, wie sie kaum irgend ein anderes Land aufzuweisen hat.

Diesen günstigen Erfolgen steht ebenso unzweifelhaft aber eine Einwirkung des Sozialistengesetzes nach entgegengesetzter Richtung gegenüber, indem es den Haß der einflußreichen Führer in verstärktem Maße gegen die Staatsgewalt, von der jenes Gesetz ausging, lenkte. Es kann unmöglich bezweifelt werden, daß die Intensität der Bewegung, die Heftigkeit des Hasses gegen den Staat und seine Einrichtungen, seit Erlass des Sozialistengesetzes zugenommen haben, wie dies auch gar nicht anders zu erwarten war und notwendig mit in den Kauf genommen werden mußte. Die Arbeiter sind den Arbeitgebern gegenüber ruhiger, aber die Führer sind fanatischer geworden; die soziale Gefahr ist also durchaus nicht beseitigt. Fürst Bismarck hat selbst bei Einbringung des Sozialistengesetzes erklärt, daß damit die Nothwendigkeit, zum Wohl der arbeitenden Klassen in positiv fördernder Weise einzugreifen, also jener steigenden Erbitterung der Führer durch Verbesserung des Looses der Arbeiter entgegenzuwirken, um so stärker an die Gesetzgebung und alle Beteiligten herantrete.

Diese immer schärfer hervortretende Anfeindung der bestehenden Staatsgewalt und bestehenden Gesellschaftsordnung seitens der Führer der Sozialdemokratie findet zunächst ihren äußeren Ausdruck in der immer heftiger werdenden Sprache ihres offiziellen Organs, des in Zürich erscheinenden „Sozialdemokrat“. Sie findet ferner ihre Bestätigung durch das im Bereiche der Sozialdemokratie in neuerer Zeit stetig fortschreitende Zurückdrängen der friedlicheren Strömung in jener Partei unter Frohme, und das Vorschreiten der revolutionären Strömung unter Bebel und Liebknecht, welchen überdies die ungünstigen Verhältnisse des Arbeitsmarkts in die Hand arbeiten. Die Mitglieder des Reichstags selbst sind allerdings mit der Central-

leitung der Sozialdemokratie in vieler Beziehung vollständig zerfallen und leben mit ihr in fortwährendem Streite. Diese häuslichen Zwiste und verschiedenartigen Strömungen haben jedoch bis jetzt den inneren Zusammenhang der sozialdemokratischen Bewegung noch nicht geschädigt und dürften auf ihren inneren Verfall zunächst keine Hoffnungen für Herstellung friedlicherer Zustände in absehbarer Zeit gebaut werden. Denn wenn auch die sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten sich sicherem Vernehmen nach geweigert haben, die ihnen vom Centralkomite der Sozialdemokraten vorgelegten fünf bindenden Verpflichtungen unbedingt einzugehen, so verfolgen sie doch in ihrer parlamentarischen Wirksamkeit unbeirrt die hergebrachte und von der ganzen Sozialdemokratie gebilligte Taktik, daß ihnen die Tribüne des Reichstags nur die Handhabe bietet, um ungestraft ihre Provokationen und Brandreden in das Reich hinaustragen zu können.

Anzuerkennen ist allerdings, daß bisher alle Richtungen der deutschen Sozialdemokratie, auch die fortgeschrittenen, die Scheidungslinie gegen die Anarchisten möglichst inne zu halten suchen. Ebenso unzweifelhaft ist aber auch, daß die Keime aller Verbrechen der Anarchisten im Schooße der Sozialdemokratie gepflanzt wurden und der Uebergang zur Anarchie nur durch die individuelle Veranlagung des Einzelnen zum Verbrecher bedingt wurde. Manche der fortgeschrittensten deutschen Sozialdemokraten mögen in Wirklichkeit Anarchisten sein, die nur diesen schlecht klingenden Namen verläugnen und nicht den Muth der That haben.

So beunruhigend diese Erscheinungen bezüglich des Anwachsens und der gesteigerten Intensität der sozialdemokratischen Bewegung, so weit sie sich in den Führern verkörpert, in Deutschland an sich schon sind, so wird diese Beobachtung noch unterstützt und bestätigt durch einen Blick auf die gleichzeitigen sozialdemokratischen Bewegungen im Auslande. Die Bedeutung derselben an sich und ihre Rückwirkung auf Deutschland selbst treten aber dadurch noch besonders hervor, daß eines der unzweifelhaftesten Zeichen in dieser ganzen Bewegung das immer stärker werdende Hervortreten ihres internationalen Charakters ist. Es hat dieses namentlich in neuester Zeit seine äußere Bethätigung auch dadurch gefunden, daß von Frankreich, Nordamerika und England bedeutende Summen den Führern der deutschen Sozialdemokratie behufs Wahlagitacionen zur

Disposition gestellt worden sind. Hierdurch gewinnen die gleichzeitigen Vorgänge in anderen Ländern eine erhöhte Bedeutung für Deutschland. Zu den bemerkenswerthesten Erscheinungen der sozialdemokratischen Bewegung in neuerer Zeit gehören die vorjährigen mit Gewaltthaten verbundenen Arbeitseinstellungen in Frankreich und Belgien, wenn auch hierbei — und namentlich was Belgien betrifft — durchaus nicht in Abrede gestellt werden soll, daß eine wirklich inhumane und rücksichtslose Ausbeutung der Arbeiter durch die Arbeitgeber und die vollständige Abwesenheit eines gesetzlichen Arbeiterschutzes einen Entschuldigungs- oder wenigstens Erklärungsgrund für die stattgehabten Ausschreitungen bieten. Jedenfalls aber haben diese Ereignisse das Wachsthum und die Heftigkeit der sozialdemokratischen Bewegung in beiden Ländern beziehungsweise gefördert und verstärkt.

Noch trauriger sind zwei Beobachtungen aus dem öffentlichen Leben in England und Nordamerika, deren Bedeutung man das Auge unmöglich verschließen kann. In England zunächst hatten sich bis in die neueste Zeit die Genossen der in vielen tausend Vereinen über das Land verbreiteten, mächtig in das wirthschaftliche Leben eingreifenden und gegen 600 000 Mitglieder zählenden Gewerksvereine (trade unions) auf das entschiedenste von sozialdemokratischen Neigungen fern gehalten. Sie stellten sich vollständig auf den Boden der Selbsthülfe und der thunlichsten Vereinbarung mit den Arbeitgebern, betrachteten auch Arbeitseinstellung nur als letzten Nothbehelf und schlossen die Anwendung von Gewalt in jeder Beziehung aus. Es ist aber leider zu konstatiren, daß seit dem letzten internationalen Kongreß der Sozialdemokraten in Paris jene Haltung der englischen Gewerksvereine eine bedenkliche Ablenkung nach Seiten der sozialdemokratischen und revolutionären Grundsätze erfahren hat, welche zwar bis jezt noch nicht in bedeutsamen Rundgebungen in die Oeffentlichkeit getreten und auch in keiner Weise mit dem Anwachsen der internationalen Anarchistenpartei, die in London ihren Hauptsitz hat, zu verwechseln ist, welche aber immerhin im Hinblick auf die Zukunft zu großen Bedenken Anlaß giebt, indem eins der Hauptbollwerke der bisherigen friedlichen Verständigung zwischen Arbeitern und Arbeitgebern ins Wanken gerathen ist.

Ebenso bedenklich ist in den vereinigten Staaten von Nordamerika die Erscheinung hervorgetreten, daß die über eine halbe Million Mitglieder zählenden „Ritter der Arbeit“ (knights of labor) sich sozialdemokratischen Einflüssen immer mehr zu beugen beginnen. Diese mächtigste aller bisherigen Arbeitervereinigungen war die entschiedenste Gegnerin aller Arbeitseinstellungen und basirte ausschließlich auf Selbsthilfe durch eigene Kraft und hierauf gestützte friedliche Verständigung mit den Arbeitgebern. Dieser auf friedlichem Boden, wenn auch unter scharfer Wahrung der Rechte der Arbeiter entstandenen Vereinigung gegenüber, gewinnen jetzt täglich die sogenannten trade and labor unions an Boden, welche gegenwärtig schon gegen 300 000 Mitglieder zählen. Dieselben stehen zwar auch nicht ausdrücklich auf revolutionärem Boden. Allein während die „Ritter der Arbeit“ grundsätzlich bisher die Strikes vermieden, geht diese Verbindung in erster Linie darauf aus, sich die Mittel zu Arbeitseinstellungen zu verschaffen. Im Allgemeinen ist übrigens der amerikanische Arbeiter weit praktischer als unsere deutschen Sozialdemokraten und verwendet alle Kraft auf die augenblickliche und sofortige Besserung seiner Lage (höheren Lohn, kürzere Arbeitszeit), kümmert sich weniger um die sozialistischen Utopien der Zukunft, tritt deshalb auch nicht so fanatisch und gesellschaftsfeindlich auf. Auch die Führer dort gehen nicht direkt auf eine gewalttätige Anwältung aus; insofern ist die amerikanische Bewegung nicht so staatsgefährlich wie die deutsche. Der Einfluß dieser letztgenannten mächtigen Verbindung reißt nun auch die „Ritter der Arbeit“ immer mehr in gleicher Richtung fort, indem es ja eine alltägliche Beobachtung ist, daß viele Mitglieder gemäßigterer Parteien sofort zu neu gebildeten radikalen Parteien übergehen, wenn diese entschiedener und schärfer auftreten. Neben diesen beiden großen Parteien entwickelt sich dann noch in Nordamerika immer frecher das Anarchistenthum, unter seinen deutschen Aposteln Most und Hasselmann. Die Greuel in Chicago sind hierfür der deutlichste Beweis. Das Anarchistenthum ist in Amerika viel enger mit der Sozialdemokratie verquickt als in Deutschland, indem den Sozialdemokraten deutscher Observanz jene beiden Arbeitervereine zu zahm sind, um dabei ihre Rechnung zu finden.

Kurz, es kann keinem Zweifel begegnen, daß sich im Allgemeinen sowohl in Nordamerika als in England die sozialdemokratischen Grundsätze und die Aufregung im Arbeiterstande, die man bei uns nur dem Sozialistengesetz in die Schuhe schieben möchte, immer mehr befestigen, und hierdurch, im Wege der internationalen Verbindung, auch einen nachtheiligen Einfluß auf die deutsche Bewegung und deren Ausbreitung ausüben.

In Italien ist ebenfalls die Arbeiterbewegung in starkem Fortschreiten, wiewohl sie dort in anderen Gestaltungen hervortritt und insbesondere in der ländlichen Bevölkerung ihr stärkstes Kontingent findet.

In den übrigen Staaten tritt die Bewegung nicht so auffallend hervor. In Holland insbesondere verhalten sich die Arbeiter bis jetzt meist ablehnend gegen die Sozialdemokratie, und in Oesterreich und bei den nüchternen schweizerischen Arbeitern findet diese Lehre im Allgemeinen noch keinen günstigen Boden, wenn auch vereinzelte anarchistische Verbrechen vorkommen. Im Allgemeinen aber ist unverkennbar, wie die sozialistische Gefahr in der ganzen civilisirten Welt im Zunehmen ist. Allerdings ist die Zahl der erklärten Sozialdemokraten im Verhältniß zur Gesamtarbeiterzahl noch eine relativ kleine. Deutschland z. B., das bei den letzten Wahlen nicht viel über 750 000 Stimmen für die sozialdemokratischen Abgeordneten abgab, zählt über 11 Millionen Arbeiter jeden Alters und Geschlechts. Hat dieses Zahlenverhältniß auch nach der einen Seite sein Tröstliches, so thut man doch wohl, die andere Seite desselben ins Auge zu fassen, wie ausgedehnt nämlich das Gebiet ist, auf welches die Eroberungszüge der Sozialdemokraten zielen, und wie es um Staat und Gesellschaft stehen würde, wenn es ihnen gelänge, dasselbe ganz zu okkupiren. Auch geht die Zahl der mehr oder weniger mißvergnügten und aufgeregten Arbeiter jedenfalls über die Zahl der bei den Wahlen abgegebenen Stimmen weit hinaus.

Während man aber unter diesen Umständen, die dem Auge keines denkenden Staatsbürgers im Allgemeinen verborgen bleiben konnten, erwarten sollte, daß alle erhaltenden Kräfte in Gesellschaft und Staat sich in steigender Bewegung zur gemeinsamen Abwehr rüsten und damit in rascherem Tempo vorwärts gehen würden, ist

dies keineswegs der Fall. Es ist zwar durchaus nicht zu verkennen, wie die humanistischen Bestrebungen der Einzelnen, wie des Staates, durch die sozialdemokratischen Anregungen in etwas rascheren Fluß gekommen sind; ohne dieselben würde vielleicht auch die Alters- und Invalidenversorgung noch viel länger auf sich warten lassen und manche Wohlfahrts-Einrichtung, Verkürzung der Arbeitszeiten u. s. w. existirte noch nicht. Auch das Böse muß indirekt ja dem Guten dienen; das ist die Harmonie im Weltenlauf. Allein man wird dabei leider zugeben müssen, wie die Gesellschaft, und vorzugsweise die Arbeitgeber, denen doch, weil sie die Bedrohlichsten sind, in erster Linie die Aufgabe zufiele, in diesen Kampf einzutreten, noch viel zu sehr dem Schauspiel mit gekreuzten Armen zusehen, sich damit begnügen, ihre Befürchtungen, auch wohl ihren Abscheu auszusprechen, im Uebrigen aber der Polizei und dem Staatsanwalt die ganze Sorge für die Unterdrückung jener verhängnißvollen Bewegung überlassen. Die große politische Presse ist allerdings, was die Haltung der meisten Blätter betrifft, im Kampfe gegen die Sozialdemokratie einig; allein sie ist bisher ziemlich einflußlos geblieben, indem es ihr einmal nicht gelungen ist, die Gesellschaft und die Einzelnen zu einem wirksamen Kampfe gegen die Sozialdemokratie anzustacheln, und indem auf der anderen Seite eine Belehrung und Einwirkung auf Besserung der Anhänger jener Lehre schon aus dem Grunde nicht eintreten konnte, weil diese Blätter selten in die Hände der Arbeiter gelangen. Wir belehren uns unnöthigerweise gegenseitig, die verführten Arbeiter aber belehrt Niemand. Nebenbei liebäugelt aber auch ein Theil der politisch radikalen Blätter, namentlich in Berlin, Breslau, Frankfurt, Barmen u. s. w. sehr häufig, besonders bei den Wahlen, in recht bedenklicher Weise mit der Sozialdemokratie, und gerade diese Blätter, mit ihrem pikanten Stoff, liegen am häufigsten in den Wirthshäusern aus, wo die Arbeiter verkehren. Es ist deshalb sicherlich hohe Zeit, daß die Gesellschaft, und vor allem die Arbeitgeber, sich aus ihrem Schlaf aufrütteln, der Gefahr kühn ins Auge sehen und diejenigen Mittel zu deren Beseitigung ergreifen, welche in ihren Händen sind und welche, richtig geleitet und zusammengefaßt, weit einflußreicher und wirksamer verwerthet werden können, als es der alleinigen Thätigkeit der Staatsgewalt möglich ist.

Um diese feindlichen Bewegungen wirksam und an der rechten Stelle bekämpfen zu können, ist nun zweierlei nothwendig, einmal daß man sich die Ziele der Sozialdemokratie und die Wege, auf denen diese Ziele einzig zu erreichen sind, klar macht, zum anderen aber daß man die subjektive Eigenthümlichkeit des Feindes, mit welchem man zu thun hat, genau erforscht und sein Handeln hiernach einrichtet. Die Ziele der Sozialdemokratie hat Niemand klarer dargestellt, als der Fanatiker Bebel, die einzige bedeutende Persönlichkeit unter ihren Führern. Sie erstrebt in der Politik die Republik, in der Gesellschaft den Sozialismus, in der Religion den Atheismus, in der Volkswirtschaft den Kommunismus. Dieses letzte Wort wird zwar niemals offen ausgesprochen, da es für Jeden, der auch nur zum kleinsten Vermögen gelangt ist, einen sehr bitteren Klang hat. Die Gesellschaft aber muß sich klar werden, wie die Erreichung dieses Zieles der kategorische Imperativ für die Zukunft der sozialdemokratischen Partei ist. Denn was hinderte sonst die Arbeiter, bei der in Deutschland und auch in vielen anderen Ländern herrschenden vollständigen Koalitionsfreiheit, die Bildung von Kooperativgenossenschaften oder Produktivgenossenschaften auf gemeinschaftliche Rechnung sofort ins Leben zu rufen, wenn es nicht eben der Mangel an Kapital wäre? Dieses Kapital aber, oder, wie manche Sozialdemokraten sich mildernd ausdrücken: die „Arbeitswerkzeuge“ durch Expropriation der Besitzenden in ihre Hände zu bringen und damit die Mittel zu einem gemeinsamen selbständigen Gewerbebetriebe zu gewinnen, ist die nothwendige Voraussetzung der Sozialdemokratie. Will sie dieses Ziel fahren lassen, so fehlt ihr jede logische Berechtigung der Existenz. Da nun aber eine Expropriation der Besitzer, in welchem Umfange sie auch geplant sei, im Wege der Freiwilligkeit undenkbar ist, ebenso wenig als, nach Lassalle's Forderung, der Staat freiwillig Milliarden hergeben wird, um Arbeiterwerkstätten zu dotiren, so folgt hieraus unumstößlich, wie die Revolution, die gewaltsame Umwälzung, nicht etwa als letztes äußerstes Mittel, welches der friedlichere Theil der Partei wo möglich gar nicht anwenden möchte, erscheint, sondern als das einzig mögliche Mittel zur Durchführung ihrer Pläne und Erreichung ihrer letzten Ziele. Bebel hat logisch also ganz Recht,

wenn er Jeden für einen Narren erklärt, welcher die Erstrebung der sozialdemokratischen Ziele ohne Revolution für denkbar halte. Es können in der That nur verschwommene, unklare Köpfe sein, welche sich für wahre Sozialdemokraten halten und dennoch von einer Beschränkung auf friedliche Mittel sprechen. Als Taktik nach außen ist dieses Vorschützen friedlicher Bestrebungen recht wohl erklärlich, aber nicht als Ergebnis einer logischen Schlußfolgerung, die von dem in unseren gefelligen und staatlichen Verhältnissen gegebenen Boden, von den Grundlagen der Familie und des Eigenthums, zu dem von der Sozialdemokratie vorgesteckten Ziele hinführen soll.

Die Arbeitgeber müssen sich also voll und ganz gewärtig halten, wie es in letzter Instanz im Wege gewaltfamer Umwälzung auf die Aneignung ihres ganzen, oder eines Theiles ihres wohl erworbenen Vermögens abgesehen ist, und dann aus dieser mit ganzer Klarheit fest zu haltenden Anschauung die Ueberzeugung schöpfen, wie die kräftigste Abwehr Noth thut. Denn es kann vernünftigerweise heutzutage nicht mehr geleugnet werden, daß die sozialdemokratische Bewegung nicht von selbst im Sande verlaufen, sondern, wenn ihr nicht Einhalt gethan wird, täglich an Ausdehnung und Stärke gewinnen wird.

Wenn aber die Erkenntniß von der Verderblichkeit der letzten Ziele der Gegner dem Kampfe seine Weihe und seinen Ernst geben muß, so bietet diese Erkenntniß zunächst noch keinen Fingerzeig, auf welche Weise der Kampf zu führen, wie, gegen wen und durch welche Mittel er einzuleiten und durchzuführen sei.

Wir haben es bei der Sozialdemokratie mit einer Genossenschaft zu thun, die aus außerordentlich verschieden gearteten Elementen zusammengewürfelt ist. Fassen wir z. B. die Verhältnisse in Berlin ins Auge, wo bei den letzten Wahlen etwa 95 000 Stimmen auf die sozialdemokratischen Candidaten fielen, so schätzen Personen, welche den Verhältnissen sehr nahe stehen und das sicherste Urtheil hierin haben, die Zahl der wirklich in dieser Bewegung im Allgemeinen thätigen Führer und Agitatoren, sei es, daß diese Thätigkeit in den Komitees, in den sogenannten Korporas oder in den einzelnen Arbeitsstätten oder durch Vertrauenspersonen ausgeübt wird, sich auf allerhöchstens 8- bis 900 beläuft. Das Gros der von ihnen geleiteten Partei stuft sich bezüglich seiner Theilnahme an der Be-

wegung sehr wesentlich ab. Ihnen ist nur gemeinsam eine aus Aufreizung hervorgegangene Feindseligkeit gegen die Reichen, die Arbeitgeber und den Staat, sowie die aufggestachelte Begehrlichkeit nach höheren Einnahmen, bei geringerer Arbeitsleistung, dies alles aber wieder in den verschiedensten Graden und Abstufungen.

Die thätigsten und eifrigsten Mitglieder besitzt die Berliner Sozialdemokratie in den Bauhandwerkern, namentlich den Maurern und Zimmerleuten, sowie Handlangern und sonstigen Bauarbeitern, wobei besonders beobachtet wird, wie diejenigen Gesellen, welche in festem Lohnverhältniß zu einzelnen Meistern stehen, weit weniger heftig auftreten als die Bauhandwerker, welche von den Bauunternehmern von Fall zu Fall angenommen und verabschiedet werden. Unter diesen sind besonders auch die Veranstalter der zuweilen auftauchenden Arbeitseinstellungen zu suchen. Die Bauhandwerker machen nur 6 pCt. der gewerblichen Arbeiter Berlins (21000 von 350000) aus und bilden doch das Rückgrat der ganzen sozialdemokratischen Bewegung. Es ergibt sich schon hieraus, wie die Sozialdemokratie nichts weniger als gleichmäßig im Arbeiterstand verbreitet ist und wie wesentlich Bildungsgrad, Beschäftigungsweise und Verhältniß zu den Arbeitgebern hierbei mitspielen.

Nächst den Bauhandwerkern stellen wohl die Tischler, Tapezierer, Töpfer, Former, Buchdrucker, Schriftsetzer, auch Cigarrenarbeiter das größte Contingent an Sozialdemokraten. Die übrigen Handwerker sind theils mehr, theils weniger von solchem Geiste befeelt, und gilt dieses namentlich auch von den Fabrikarbeitern. In einzelnen Fabriken gehört der größte Theil der Arbeiter der Sozialdemokratie an, ein anderer Theil neigt mehr zum politischen Radikalismus und ein noch größerer, vielleicht der größte Theil, verhält sich, ebenso wie ein großer Theil der Handwerksgeellen, ziemlich neutral in dieser ganzen Bewegung, indem er auf Zukunftsbilder nichts giebt und keine Lust hat, Geld für Agitatoren und Agitationen auszugeben, von dem er niemals einen Pfennig wiederfieht. Nirgends ist aber von einer einflußreichen Vereinigung von Gegnern der Sozialdemokratie im Arbeiterstande die Rede, welche sich positiv an dem Kampf gegen dieselbe betheiliget.

Wenn also auch offenbar ein großer Theil der Arbeiter nicht

bloß aus Indifferenz, sondern aus Ueberzeugung der Sozialdemokratie entgegensteht, ja manche Arbeiterklassen vornehm darauf herabsehen, so hat dieses für die im Zuge befindliche Bewegung doch keinen Widerstandswert, weil selbst die größte passive Majorität einer rührigen Minorität immer das Feld räumen muß.

Wenn aber, nach sachkundiger Schätzung, die Sozialdemokratie in Berlin zu etwa drei Vierteln aus Fabrikarbeitern, Gesellen, Handlangern und Gehülften bestehen mag, so bildet das letzte Viertel das seltsamste Konglomerat, welches sich denken läßt. Es setzt sich zusammen sowohl aus überzeugten Anhängern der Sozialdemokratie als aus Unzufriedenen jeder Bevölkerungsschicht, denen sich dann, wie es überhaupt in jeder Partei zu sein pflegt, immer eine Anzahl beigefügt, welcher sie ein Gegenstand des Gelderwerbs, des Ehrgeizes, der Eitelkeit, des Sports oder der Aufregung ist. So finden sich in diesem letzten Drittel der Berliner Sozialdemokratie katilinarische Existenzen aller Farben, kleine Handwerker und Besitzer, kleine Kaufleute und Gehülften, Journalisten und Winkelschreiber, Restaurateure, Budiker, Portiers, Bediente und vor Allem auch eine große Schaar von Beamten der untersten Rangstufen zusammen, in welchen Kreis sich dann auch hier und da irgend ein Mitglied der sogenannten besseren Gesellschaftsklassen aus Ueberzeugung oder Eitelkeit verirrt. Viele davon schwanken auch zwischen sozialdemokratischen und radikalpolitischen Ansichten oder verquicken beide mit einander.

Die Anzahl dieser auf der Grenzscheide beider Parteien stehenden Personen dürfte sich noch wesentlich vermehren, nachdem von einzelnen Vertretern der radikalen politischen Partei bei den letzten Wahlen, trotz der eminenten Verschiedenheit ihrer theoretischen Grundsätze, eine taktische Einheit beider Parteien proklamirt worden ist, wonach es gleichgültig sei, welche von beiden die meisten Stimmen erhalte. Daß durch solche taktischen Rücksichten die radikal politische Partei bewogen worden ist, sich von dem Kampf gegen die Sozialdemokratie fast ganz zurückzuziehen, welchen gerade sie bei den von ihnen vertretenen wirtschaftlichen und sozialen Grundsätzen am allerstärksten zu führen berufen wäre, ist auch eine Signatur der Zeit, und verdankt man dieser — zum mindesten gesagt — Indifferenz sicherlich auch einen Antheil am Wachsthum der Sozialdemokratie.

In anderen Mittelpunkten der sozialdemokratischen Bewegung mag die Zusammensetzung der Partei eine relativ verschiedene sein; es treten jedoch immer die hier geschilderten Elemente und Richtungen hervor, und danach muß der Kampf sich einrichten. Wir stehen also keineswegs einer homogenen, in sich geschlossenen und gleichmäßig überzeugten Menge gegenüber, noch weniger aber einer Menge, deren Stimmung ohne Weiteres nach den Äußerungen ihrer Führer beurtheilt werden darf. In dem Uebergange vom fanatischen Agitator bis zu dem leichten Unzufriedenen, der gedankenlos eben mitläuft, weil er sich stets dahin wendet, wo die Opposition gegen die Staatsgewalt am entschiedensten hervortritt, ist jede Nuance der Gesinnung, von der äußersten Hestigkeit bis zur farblosen Indifferenz, vertreten. Man darf also im Großen und Ganzen die nominellen Anhänger der Sozialdemokratie, also diejenigen, welche bei den Wahlen sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimme geben, keineswegs als durchweg schlechte oder unverbesserliche Menschen ansehen. Bei einer solchen Anschauung würde es sich allerdings entschuldigen, ja rechtfertigen, wenn man den ganzen Kampf lediglich der Polizei und dem Staatsanwalt überließe. Unsere Ueberzeugung von der Nothwendigkeit und Erfolgsmöglichkeit eines planmäßigen Feldzugs gegen die Sozialdemokratie wurzelt aber in der Anschauung, daß der bei weitem größte Theil ihrer Anhänger durchaus nicht bössartig oder besserungsunfähig, sondern nur aufgereizt und erbittert ist. Auf ihre Bekehrung und Versöhnung einzuwirken ist die erste Aufgabe; die zweite fast noch wichtigere aber geht dahin, die noch nicht ergriffenen Arbeiter vor der weiteren Ansteckung zu schützen. Wenn also selbst die erste, auf Besserung gerichtete Absicht sich nur theilweise und unvollkommen erfüllen sollte — und allzu großen Illusionen in dieser Beziehung darf man sich allerdings nicht hingeben —, so bliebe schon der zweite Zweck, die noch auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung Stehenden vor dem Hineinziehen in jenen Strudel zu bewahren, an und für sich ein würdiges und hochbedeutungsvolles Ziel gewissenhafter Bestrebungen.

Nachdem wir die Natur des Feindes und das Wesen der Lehren, die wir zu bekämpfen haben, besprochen haben, lassen wir nun unsere Vorschläge folgen über die besten Wege und Mittel, um in

den Kampf gegen die Sozialdemokratie einzutreten und ihn mit Aussicht auf Erfolg durchzuführen. Wir schicken voraus, daß niemand erwarten möge, hier bisher unbekanntem, neu erfundenen Methoden und Plänen, oder auf optimistische Voraussetzungen fußenden Vorschlägen zu begegnen. Was wir zu sagen, worauf wir die Aufmerksamkeit zu lenken haben, sind lauter Dinge, welche im Bereich der Kenntniß jedes Gebildeten und insbesondere jedes in die sozialpolitischen Fragen Eingeweihten liegen und bei so vielen Arbeitgebern bereits volle Berücksichtigung finden. Es handelt sich für uns nur darum, auf die Nothwendigkeit hinzuweisen, diese Mittel der Abwehr überall in Bewegung zu setzen.

Wir glauben daß der Arbeitgeber seine Aufmerksamkeit hauptsächlich drei Punkten zuzuwenden hat, erstens seinen persönlichen Beziehungen zu den Arbeitern und der Befriedigung gerechter Ansprüche derselben, sodann dem Eintreten in den Kampf mit der Sozialdemokratie durch Wort und Schrift, und endlich seiner Stellungnahme zu der im Zuge befindlichen und noch weiter auszubildenden sozialpolitischen Gesetzgebung.

Von den vorerwähnten Aufgaben der Arbeitgeber in dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie und zur Herstellung des sozialen Friedens behandeln wir hier zunächst diejenigen, welche in die Domäne des Einzelnen fallen, und ist auf diesem Gebiet, insofern nur jeder Einzelne seine Pflicht thut, die Lösung des Konfliktes unstreitig am vollständigsten und nachhaltigsten zu bewirken, während selbst die bestgeleitete und intensivste Thätigkeit von Vereinen ihre Wirksamkeit nicht bis zur letzten und entscheidenden Stufe der Ausöhnung, dem Ausgleich zwischen jedem einzelnen Arbeitgeber und seinen Arbeitern, erstrecken kann. Diese Aufgaben fassen wir also zuerst ins Auge, werden aber später zeigen, wie Vereinsthätigkeit und Gesetzgebung organisch in die Lösung der Gesamtaufgabe einzugreifen haben und hierfür nicht bloß nützlich, sondern unentbehrlich sind.

Allerdings vertheilt sich diese nächste Aufgabe auf so viele einzelne Persönlichkeiten, welche an Intelligenz, Humanitätsgefühl,

Mitteln u. s. w. unendlich verschieden veranlagt sind, daß der Fortschritt auf diesem Gebiete im Großen und Ganzen immer nur ein langsamer und ungleichmäßiger sein wird. Es ist hier der Strom der Zeit, welcher den zurückgebliebenen Arbeitgeber mit fortreißen muß, um ihn zu der Erfüllung seiner unmittelbaren Verpflichtungen gegen die ihm untergebenen Arbeiter anzuspornen. Zunächst muß der Arbeitgeber sich unbedingt von der leider noch vielfach herrschenden Anschauung frei machen, als stehe der Arbeiter mit Arbeitsmaschinen in gleichem Range, als bestände kein näheres menschliches Band zwischen ihnen, als habe der Arbeitgeber mit der Lohnzahlung und allenfalls noch mit loyaler Erfüllung der gesetzlichen Verpflichtungen gegen Kranke und Verunglückte seine gesammten materiellen und auch menschlichen Pflichten dem Arbeiter gegenüber erfüllt. Auf dem Boden solcher Anschauungen kann die Herstellung des sozialen Friedens unmöglich rasche und entscheidende Fortschritte machen; die bloße Furcht vor der Sozialdemokratie ist eine höchst ungenügende Triebfeder. Der Arbeitgeber muß sich, soweit es noch nicht geschehen, absolut in die Anschauung einleben, daß er in dem Arbeiter einen Menschen zu erblicken hat, der mit ihm in gemeinsamer Arbeit thätig ist und Ansprüche darauf hat, in dieser gemeinsamen Thätigkeit eine menschenwürdige Existenz bis an sein Lebensende zu finden.

Die sozialdemokratische Lehre will den Unterschied zwischen dem Arbeiter und Arbeitgeber aufheben, indem sie beide zu gleichberechtigten Theilhabern macht. Wir wollen hier in eine Kritik dieser Utopie nicht eingehen, wollen nicht weiter untersuchen, ob es überhaupt denkbar und möglich sei, die naturgemäße Scheidung zwischen den Aufgaben des Arbeitgebers und des Arbeiters und den daraus entspringenden Unterschied ihrer Stellung zu einander jemals aufgehoben zu sehen, da sich doch stets die naturgemäßen Aufgaben der Arbeitsausführung von denen der Leitung und Beaufsichtigung scheiden werden, auch wenn man von den Ansprüchen absteht, die die bestehende Gesellschaftsordnung dem Besitzer des Geschäftskapitals als solchem einräumt. Für uns steht die Trennung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter als Fundament der sozialen und wirthschaftlichen Ordnung in Gegenwart und Zukunft fest. Aber es ist die von so vielen Arbeitgebern noch vollständig außer Acht gelassene mensch-

liche Beziehung zu dem Arbeiter, welche einer gründlichen Besserung bedarf und der eine vollständig andere Auffassung dieses Verhältnisses zu Grunde gelegt werden muß. Man begegnet nun hierbei oft der pessimistischen, nebenbei allerdings sehr bequemen Ansicht, als ob der Arbeiter für diese subjektive Annäherung unempfindlich sei, als ob es ihm lediglich auf Erfüllung seiner materiellen Ansprüche ankäme und er nur auf diesem Gebiete zu befriedigen und zu versöhnen sei. Diese Ansicht ist eine ebenso traurige als unbegründete. Im Gegentheil wird jeder, welcher mit den Arbeitern in längere und nähere Berührung gekommen ist und gründliche Gelegenheit hatte dieselben zu studiren, weit eher zu der Ueberzeugung gelangen, daß vielleicht kein gesellschaftlicher Stand fähiger ist, auch der idealistischen Richtung Rechnung zu tragen, der in materieller Beziehung opferwilliger ist, um in idealer Beziehung Befriedigung zu erlangen, als gerade der Arbeiterstand. Daß diese Eigenschaft gegenwärtig von den Führern der Sozialdemokratie zum Bösen mißbraucht wird, beweist nichts gegen ihr Vorhandensein und gegen die Berechtigung im umgekehrten Sinne auf sie zu bauen.

Es giebt selbstverständlich unter den Arbeitern wie in anderen Gesellschaftsklassen viele rohe, hartherzige, verstockte, von Natur undankbare Menschen und es leidet nicht den mindesten Zweifel, daß die herrschende sozialdemokratische Strömung die Zahl derselben vermehrt und auch in gut veranlagten Naturen vielfach ein Gefühl der Gereiztheit und des Mißtrauens erweckt hat, welches sie geneigt macht, in freundlichem Begegnen Seitens der Arbeitgeber zunächst nur egoistische Berechnung, in wohlthätigen Handlungen nur die Erfüllung von Pflichten zu sehen, für die der Arbeiter keinen Dank schulde, sondern die etwa nur als eine kleine Abschlagszahlung auf seine viel weitergehenden utopistischen Forderungen aufzufassen seien. Gewiß kann in dieser Beziehung auf einzelne Beispiele hingewiesen werden, wo selbst die höchste Opferwilligkeit, das höchste Maaß humanitärer Leistungen Seitens des Arbeitgebers, noch nicht erreichen konnten, ein friedliches Verhältniß und freundliche Beziehungen zwischen beiden zu erzielen. Allein ganz abgesehen davon, ob nicht in manchen solcher Fälle die Art und Weise wie der Arbeitgeber die materielle Wohlthätigkeit ausübte und welche Bedingungen er etwa

daran knüpfte, das Gefühl der Arbeiter verletzte, und er sich so selbst um den ihm gebührenden Dank betrog, — abgesehen hiervon, können wir nur sagen, daß solche Beispiele der Undankbarkeit und Unempfindlichkeit nur zu den Ausnahmen gehören, welche die Regel bestätigen, nicht entkräften. Es hieße im Großen und Ganzen die tatsächlichen Verhältnisse vollständig verkennen, die tägliche Erfahrung verleugnen, wenn man in Abrede stellen wollte, daß das gute oder schlechte Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitern als Regel durch die Behandlung der letzteren Seitens der ersteren bedingt wird. Wo die Arbeiter gut, menschlich, wohlwollend behandelt werden, da herrscht fast ausschließlich ein gutes Verhältniß zwischen beiden, welches der Sozialdemokratie keinen Vor Schub leistet, ja selbst geeignet ist auch diejenigen Anhänger derselben mit dem Arbeitgeber zu versöhnen, welche nicht gerade zu den verbissensten und unverbesserlichen gehören.

Wir können in dieser Beziehung auf Gott sei Dank sehr zahlreiche Fälle hinweisen, wo es der Sozialdemokratie nicht gelungen ist, in das Verhältniß zwischen den Arbeitern und ihrem Arbeitgeber störend einzugreifen. Nichts wäre also unberechtigter, als sich der bequemen Anschauung hinzugeben, es sei mit der Lohnzahlung an die Arbeiter und der Beobachtung gesetzlicher Vorschriften genug, und jede menschliche Güte sei nutzlos an dieselben verschwendet; zufrieden zu stellen seien sie doch nicht. So lange diese Ansicht verbreitet bleibt, so lange sich diejenigen Arbeitgeber, welche bisher in Indolenz verharreten, solcher Anschauungen nicht ein für allemal entschlagen, so lange nicht in ihnen das Gefühl moralischer Verpflichtung auf diesem Gebiete rege wird, zugleich mit dem Bewußtsein wie sie hauptsächlich nur auf diesem Wege der drohenden sozialen Gefahr entgegenwirken können, so lange werden die Bemühungen des Staats, der Vereine, der Presse oder einzelner Menschenfreunde zum größten Theile wirkungslos bleiben. Es wird ihnen ihr wesentlichstes Fundament fehlen. Es heißt aber nicht bloß, jenen Weg versuchsweise einschlagen, sondern auch konsequent verfolgen. Wenn manche aus dem Grunde davon zurückkommen, weil ihre Bemühungen nicht gleich gewirkt haben, nicht sofort mit Dank anerkannt worden sind, und sie sich deshalb berechtigt glauben, die Arbeiter allgemein als undankbar

und des Entgegenkommens unwürdig anzusehen, so hat diese Auffassung in keiner Weise ihre Berechtigung. Denn der Arbeitgeber muß nicht bloß dem Einfluß der geschilderten Strömung Rechnung tragen, welche der Förderung des Dankgefühls in den Arbeitern sicherlich nicht günstig ist, sondern er muß sich auch von dem Fehler fern halten, daß er überhaupt auf Dank gerechnet, daß er nicht bloß im Bewußtsein der Erfüllung von Pflichten gehandelt hat, welche ihm eine echt menschliche und christliche Gesinnung und in letzter Instanz sogar sein eigenes, durch jene Strömungen bedrohtes Interesse auferlegen. Wer überhaupt auf Dank spekulirt verrechnet sich in der Regel und zwar auch in anderen als Arbeiterkreisen; wer aber nicht darauf rechnet, wird sich weit öfter freudig überrascht, als jener getäuscht finden.

Wenn deshalb ein Arbeitgeber sich von der drohenden Gefahr der Sozialdemokratie und von der Nothwendigkeit auch seinerseits derselben entgegenzuarbeiten zu überzeugen beginnt, so ist für ihn die erste und nächste Aufgabe, sein eigenes Verhältniß zu seinen Arbeitern zu untersuchen und der gewonnenen Erkenntniß gemäß zu handeln. Der Eintritt in die darüber hinausgehende gemeinsame Thätigkeit hat keinen Boden und kann unmöglich in Arbeiterkreisen Anerkennung finden, wenn der betreffende Arbeitgeber nicht vorher den thatsächlichen Beweis geliefert hat, daß er seinen zunächst liegenden Pflichten in den Beziehungen zu seinen eigenen Arbeitern genügt und da wo er Herr ist das Humanitätsprinzip, dessen Pflege und Erweiterung die höchste Aufgabe der Gegenwart bildet, zur praktischen Geltung bringt.

Ein indirekter Beweis, daß nähere menschliche Beziehungen des Arbeitgebers zum Arbeiter das wirksamste Mittel sind, um der sozialdemokratischen Bewegung entgegenzuarbeiten, liegt auch darin, daß wir umgekehrt diese Strömung am stärksten und heftigsten gerade da vertreten finden, wo das Verhältniß des Arbeitgebers zum Arbeiter und die persönlichen Beziehungen derselben zu einander am schwächsten geknüpft sind. Wenn man überall die Bauhandwerker, namentlich aber diejenigen, welche nicht im festen Verhältniß zu einzelnen Meistern stehen, als die Hauptträger sozialdemokratischer Hetzerei und Rohheit betrachten muß, so stimmt es mit den vorher-

gegangenen Erörterungen vollständig überein, wenn man hier das lose und zeitlich rasch vorübergehende Verhältniß zu den Bauunternehmern als die Ursache ansieht.

Einen der stärksten Beweise für den verfühnenden Einfluß menschlicher Beziehungen liefert das Gebiet der Landwirtschaft. Wenn auch die landwirtschaftlichen Löhne in den letzten Dezennien ansehnlich gestiegen sind, so kann man doch im Allgemeinen nur sagen, daß die materielle Lage der ländlichen Arbeiter hinter der der gewerblichen wesentlich zurücksteht, daß also eine materielle Befriedigung auf letzterem Gebiet mehr als auf ersterem zu finden ist. Der geringeren Lohnzahlung auf dem Lande tritt überdies der Umstand hinzu, daß die Behandlung der Arbeiter Seitens der Gutsherren sehr häufig eine gewohnheitsmäßig schroffe und herrische, mit Höflichkeit durchaus nicht übertünchte ist, auch die Arbeitszeiten vielfach über Gebühr ausgedehnt werden. Der Arbeiter in den Fabriken wird entschieden höflicher behandelt und hat durchschnittlich kürzere Arbeitszeiten und beträchtlich höheren Lohn als der Arbeiter auf dem Lande. Und dennoch ist es keine Frage, wie eine der Hauptursachen, weshalb die Sozialdemokratie noch so gut wie gar nicht in die ländliche Bevölkerung eingedrungen ist, und insbesondere seit Erlaß des Sozialistengesetzes das hier gewonnene Terrain fast vollständig wieder eingebüßt hat, darin zu suchen ist, daß das Verhältniß der Arbeiter zu den Gutsherren ein menschlich näheres ist, einmal weil ein weit seltenerer Wechsel der Arbeiter stattfindet, und der Arbeiter in der Regel von Jugend auf bis zum Alter demselben Herrn dient, noch mehr aber weil die Gutsherren und ihre Familien zu ihren Arbeitern in der Regel in engeren persönlichen Beziehungen stehen, ihnen insbesondere in Noth, Krankheit, Unglück, Alter, so schmal die aufgewandten Unterstützungsmittel auch sein mögen, mehr menschliche Theilnahme bezeugen, als dies in der Mehrzahl der gewerblichen Unternehmungen geschieht.

Liegt es auch in der Natur der Dinge, daß sich im Gewerbeleben, namentlich im großen Fabrikbetriebe, wo oft Tausende von Arbeitern in einer Unternehmung zusammengedrängt sind, keine solche Intimität der persönlichen Beziehungen zu dem Arbeitgeber entwickeln, das gegenseitige Verhältniß also vielleicht niemals ein so

enges und für Bewahrung des sozialen Friedens wirksames sein und werden kann, wie das Verhältniß zwischen dem Gutsherrn und seinen Arbeitern, so liegt hierin gerade eine doppelte Aufforderung für den gewerblichen Arbeitgeber, die durch die Natur der Dinge gegebene Erschwerung der näheren persönlichen Beziehungen zu den Arbeitern sowohl durch Herbeiziehung von Hilfskräften für seine humanen Bestrebungen, als durch Erweiterung und Vertiefung seiner in dieses Gebiet fallenden Aufgaben auszugleichen.

Will der gewerbliche Arbeitgeber den Beziehungen zu seinen Arbeitern eine gesicherte Grundlage geben, auf welcher er humanistisch fortbauen kann, so wird es vor Allem nöthig sein, daß er an seine Arbeiter nicht bloß den Maasstab ihrer Geschicklichkeit und Nützlichkeit anlegt, sondern auch deren moralische Qualifikation prüft und auf deren Hebung hinwirkt. Die erste Verpflichtung, welche er in dieser Beziehung zu erfüllen haben wird, ist die, mit sorgsamem Auge darüber zu wachen, daß wirkliche Hege und Friedensstörer von der Gemeinschaft seiner Arbeiter ausgeschlossen bleiben. Sehr unräthlich wäre es dagegen, in dieser Beziehung so weit gehen zu wollen, wie es allerdings an manchen Stellen geschieht, nämlich alle Arbeiter sozialdemokratischen Glaubensbekenntnisses ohne Weiteres zu entlassen. Es wäre dies ein entschiedener Fehler, welcher nur die Intenfität der sozialdemokratischen Bewegung stärken und jede Bemühung unterbinden müßte, auf solche oft sehr tüchtige und ursprünglich gut veranlagte Arbeiter bessernd einzuwirken. Man muß sie als Irregeleitete, Verführte, nicht als unverbesserliche Sünder betrachten. Es ist, wie schon gesagt, ein Irrthum und eine Ungerechtigkeit, die Arbeiter, welche sich äußerlich zur Sozialdemokratie bekennen und mit derselben stimmen, im Allgemeinen und ohne individuelle Auswahl für schlechte und gefährliche Menschen zu halten. Es befindet sich darunter eine große Zahl der sonst tüchtigsten Kräfte, bei denen nur die Begehrlichkeit angestachelt wurde und die durch falsche Lehren bethört und verheßt worden sind. Hier gilt es, denselben den Weg zur Besserung nicht zu verschließen, sondern diese Besserung durch eine humane und gerechte, den Unterschied des sozialen Glaubensbekenntnisses möglichst ignorirende gleichmäßige Behandlung Seitens des Arbeitgebers einzuleiten.

Ueberhaupt wird stets eine wesentliche Aufgabe des Letzteren sein, die Freiheit der Ueberzeugung des einzelnen Arbeiters nicht anzutasten, wenn er auch sicherlich die Verpflichtung hat, im Allgemeinen auf dessen Belehrung und Besserung einzuwirken. In religiösen und politischen Dingen insbesondere soll der Arbeitgeber den Arbeitern gegenüber höchst vorsichtig sein, vor Allem niemals aus solchen Gründen Bevorzugung des einen, Benachtheiligung oder Entlassung des andern vornehmen. Der Arbeiter muß die Ueberzeugung gewinnen, daß es dem Arbeitgeber fern liegt, die Freiheit seiner persönlichen Anschauung beeinträchtigen zu wollen, und daß derselbe nur da auf den Arbeiterstand einzuwirken versucht, wo die Berechtigung hierzu sich auf allgemein menschliche und christliche Grundbegriffe und auf das beiderseitige Interesse an Frieden und gutem Einvernehmen stützt.

Als eines der hervorragendsten und dankbarsten Gebiete der Einwirkung in dieser Beziehung ist die Sorge für Aufrechterhaltung und Vertiefung des patriotischen Gefühls der Arbeiter zu betrachten. Nirgendwo kann wirksamer der Hebel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie und der durch sie hervorgerufenen Verbitterung angefaßt werden, als indem man ihrer republikanisch-internationalen Vaterlandslosigkeit durch die Betonung der Liebe zum eigenen Vaterlande, zum Landesherrn, zu Kaiser und Reich entgegentritt. In dieser Beziehung bilden namentlich die Kriegervereine ein der höchsten Unterstützung würdiges Band, welches auch da noch seine zusammenhaltende Kraft bewährt, wo im Uebrigen die Spannung der sozialen, religiösen und politischen Gegensätze ihren höchsten Grad erreicht hat. Ueberhaupt liegt das schönste und wirksamste Moment jeder Versöhnung darin, daß man gemeinsame Ziele erstrebt, das hoch hält was bindet, das zurückdrängt was trennt.

Die sorgsame Pflege des Patriotismus und die Feier seiner Gedenktage, welche wir als eine spezielle Aufgabe der Arbeitgeber betrachten, und für welche diese höchst wirksam eintreten können, darf aber, wie schon angedeutet, in keinem Falle dahin ausgedehnt werden, daß der Arbeitgeber auch seine persönlichen politischen und religiösen Ueberzeugungen den Arbeitern aufdrängen und in dieser Richtung, namentlich auch bei den Wahlen, einen äußeren Druck auf

sie ausüben will. Er muß die Selbstständigkeit des Arbeiters in jeder Beziehung und selbst da achten, wo ihm die Arbeiter gemeinsam gegenüber stehen. Es ist ein großer Mißgriff der meisten Arbeitgeber, wenn sie überhaupt jeder auf abweichenden Ansichten fußenden Arbeiterkoalition entgentreten zu müssen glauben. Sie müssen die Meinungs- und Koalitionsfreiheit der Arbeiter, selbst wenn deren Gebrauch sich im konkreten Falle gegen sie selbst richtet und ihnen einmal unbequem, ja schädlich geworden ist, als ein unveräußerliches Recht derselben betrachten, überhaupt die Vertretung der Arbeiterinteressen in gemeinsamer Organisation nicht ohne Weiteres als Feindseligkeit gegen die Arbeitgeber auffassen, dieselbe vielmehr auf gute Wege zu leiten suchen.

Wenn wir vom allgemeinen auf das besondere Gebiet der Arbeiterfürsorge übergehen, so könnte es überflüssig erscheinen, alle die bekannten Mittel und Wege aufzuzählen, durch die hier zur Herstellung des sozialen Friedens und im Speziellen zur Herstellung eines menschlich freundlichen Einvernehmens zwischen dem einzelnen Arbeitgeber und seinen Arbeitern eingewirkt werden kann. Und dennoch mag es nicht unnötig erscheinen, hier an Einzelnes zu erinnern, welches vielfach außer Augen gelassen wird und wo doch die stärksten Hebel der Versöhnung anzusetzen sind.

Im Allgemeinen läßt sich die hier in Rede stehende Aufgabe in den Begriff der guten Behandlung der Arbeiter zusammenfassen. Die besten Absichten der Arbeitgeber werden aber vielfach auf diesem Gebiete durchkreuzt, indem die Beamten, und namentlich die unmittelbar mit den Arbeitern verkehrenden Meister, den wohlwollenden Intentionen des Arbeitgebers nicht entsprechen, vielmehr ihnen durch Rücksichtslosigkeit und schlechte Behandlung geradezu, wenn auch oft unbewußt, entgegenarbeiten. Auf diesem Gebiete wird vielfach gesündigt, und es kommt namentlich häufig vor, daß gerade die aus dem Arbeiterstande selbst hervorgegangenen Meister die Arbeiter am härtesten und rücksichtslosesten behandeln, so daß Mißstimmungen entstehen, von deren Ursprung der Besitzer des Werkes oft keine Ahnung hat. Diese Quelle zu verstopfen und eine Gemeinsamkeit wohlwollender, gerechter Behandlung vom Herrn herab bis zu dem letzten Angestellten zu erreichen, muß eine wesentliche Auf-

gabe des ersteren sein, wenn er seine eigenen persönlich wohlwollenden Absichten nicht geschwächt oder gar aufgehoben sehen will.

Das wesentlichste Korrelat der guten Behandlung ist natürlich der gute Lohn. Der Arbeitgeber befindet sich hier ja vielfach in einer ihm durch die Konkurrenz diktierten Zwangslage, die ihn sogar wider Willen nöthigen kann, Löhne herabzusetzen, Arbeiter zu entlassen, wenn dies auch gegen sein eigenes Gefühl geht. Auf der anderen Seite dagegen soll der Arbeitgeber, so wie er selbst bei günstigen Zeiten höhere Preise für seine Fabrikate fordert, auch das Gebot der Billigkeit beachten und die Arbeiter an einer andauernden Besserung der Verhältnisse Theil nehmen lassen. Es ist eine philanthropische Utopie, daß diese Rücksicht jemals in irgend nennenswerthem Umfange zu einer direkten Betheiligung der Arbeiter am Gewinn führen könne und solle. Eine Betheiligung am Gewinn, wo die Unmöglichkeit vorliegt einer Betheiligung am Verlust gerecht zu werden, kann der Arbeiter unmöglich fordern, der Arbeitgeber nur in den seltensten Fällen gewähren. Die Gewinnbetheiligung des Arbeiters bildet eben der Arbeitslohn. Der Anspruch der Arbeiter aber, bei höherem Unternehmergeinn auch auf höhere Arbeitslöhne und insbesondere auf Wiederherstellung früherer Lohnhöhen Anspruch machen zu können, muß im Prinzip als gerechtfertigt angesehen werden, wenn auch selbstverständlich das Lohnniveau nicht gleich jeder vorübergehenden günstigen Konjunktur, sondern dem allgemeinen Geschäftsgange angepaßt werden muß, um der fatalen Nothwendigkeit auszuweichen, Löhne nur für eine beschränkte Zeit erhöht zu haben und dieselben bald nachher wieder herabsetzen zu müssen. Es sind vielmehr Durchschnittssätze zu greifen, welche voraussichtlich für längere Zeit die Möglichkeit ihrer Fortgewährung einschließen. Die Lösung der sozialen Frage, deren Hauptmoment in der allmählichen, nachhaltigen Steigerung des Lohnniveaus gelegen ist, kann durch nichts stärker beeinträchtigt werden, als wenn zu Zeiten ein plötzliches Erhöhen der Löhne eintritt, welches auf die Dauer ganz unhaltbar ist. Vielleicht hat kein Umstand die Sozialdemokratie stärker gefördert, ihr zahlreichere und erbittertere Anhänger zugeführt, als der Rückschlag der außerordentlichen Lohn-erhöhung im Anfange der siebziger Jahre. Jedes Glas Champagner,

welches damals ein Arbeiter getrunken hat, ist ihm zum Giftkelch geworden. Daß das Lohnniveau sich steigern läßt, ja naturnotwendig von selbst steigt, ohne die Existenz der Unternehmer und ihren berechtigten Gewinn zu gefährden, wenigstens über Gebühr zu mindern, beweist am besten ein Rückblick auf die Lohnverhältnisse früherer Zeiten. Man kann durchschnittlich annehmen, daß in Deutschland seit 40 bis 50 Jahren die Löhne im Gewerbe, im Handel, im Handwerk und insbesondere auch in der Landwirtschaft sich mindestens verdoppelt haben. Ein allmähliches Steigen des Lohnniveaus darf also auch der Arbeiter von der Zukunft mit voller Berechtigung beanspruchen, und der Unternehmer muß bereit sein, dasselbe zu gewähren. Es wäre inhuman und zugleich höchst kurzfristig, einen Stillstand in der Aufwärtsbewegung des Lohnniveaus zu erstreben, ja nur für möglich zu halten. Der Unternehmer wird zur Gewährung höherer Löhne auch in den Stand gesetzt, weil nach der allgemeinen Erhöhung des Lohnniveaus die Preise der Produkte, von dem Einfluß wechselnder Konjunkturen, technischer Fortschritte und Verschiebungen der Konkurrenzverhältnisse abgesehen, sich regeln. Das Streben nach einer solchen allmählichen Erhöhung der Löhne ist also von Seiten der Arbeiter ein vollständig berechtigtes, soweit es die dem Arbeitgeber durch die Konkurrenz gezogenen Grenzen achtet, und es ist unabweißbare Pflicht des Arbeitgebers, demselben so weit zu entsprechen, wie es die Rücksicht auf Gegenwart und Zukunft seines Unternehmens nur gestattet. Dem denkenden Arbeitgeber wird auch nicht entgehen, daß durchschnittlich in den Ländern des höchsten Arbeitslohns die Unternehmungen aller Art sich am besten, in Ländern des niedrigsten Arbeitslohns am schlechtesten rentieren. Der steigende Arbeitslohn drängt nämlich von selbst auf die gesteigerte Anwendung von Maschinen, Werkzeugen, Motoren, deren Anwendung bei niedrigeren Arbeitslöhnen unrentabel war, und in dieser Wechselwirkung liegt die Versöhnung der scheinbar unverföhnlich gegenüberstehenden Interessen des Arbeitgebers und Arbeiters an den Lohnsteigerungen.

Die richtige Auffassung der mit elementarer Gewalt auftretenden und fortschreitenden Bewegung auf dem Gebiet der Arbeitslöhne wird also den Arbeitgeber dahin bringen müssen, in dem Verlangen der Arbeiter nach Lohnerhöhung kein feindseliges, sondern ein in sich

gerechtfertigtes Beginnen zu erblicken und jeder Unternehmer thut wohl, sich hierzu nicht erst durch Koalitionen und Streikdrohungen zwingen zu lassen, sondern freiwillig in dieser Beziehung zu thun, was gerecht und billig ist. Diese Rücksicht gilt insbesondere auch für Akfordarbeiten; das übermäßige Herabdrücken der Preise, wozu insbesondere die Meister oft mehr hinneigen, als die Besitzer, zwingt den Arbeiter zu Ueberanstrengungen und macht viel böses Blut.

Die englischen Gewerkvereine, soweit sie sich über Löhne und Akfords durch Delegirte mit den Arbeitgebern zu verständigen suchen, können in vieler Beziehung als Vorbild dienen, und wenn sie den Arbeitgebern auch oft höchst unbequem sind, indem sie sich bei günstigeren Konjunktionen sofort mit den Ansprüchen auf Lohnerrhöhung melden, so gewähren sie doch auch erfahrungsmäßig sehr häufig das Mittel Streitigkeiten und Strikes zu verhüten, wenn die Unternehmer in Krisen zu Herabsetzungen der Löhne nachweislich gezwungen werden.

Der Arbeitgeber handelt überdies im eigenen Interesse, wenn er solche Arbeiter bevorzugt, welche sich ein hervorragendes Verdienst um die Bewahrung des Friedens und die Besserung der Anschauungen in der Arbeiterwelt erwerben. Es ist überhaupt eine der Hauptaufgaben des Arbeitgebers, vielleicht die wichtigste von allen, in der jetzigen Bewegung nicht bloß den bösen Elementen entgegenzutreten, sondern die guten und gesunden zu stärken.

Neben der thunlichsten Aufbesserung des Arbeitsverdienstes bleibt aber noch ein weites Feld offen, um allgemein verbreiteten und in sich gerechtfertigten Wünschen der Arbeiter entgegen zu kommen. Einer der am meisten verbreiteten und innerhalb vernünftiger Schranken gewiß berechtigten Wünsche der Arbeiter betrifft unter Andern die möglichste Verkürzung der Arbeitszeit, die selbstverständlich nicht mit einer Verkürzung des Lohnes verbunden sein darf. In neuerer Zeit bewegt sich ja auch das Bestreben der denkenden und humanen Gewerbetreibenden ganz entschieden in dieser Richtung. Auch der schlechte Gang der Geschäfte, die Ueberproduktion der letzten Jahre, hat wenigstens das eine Gute im Gefolge gehabt, in immer weiteren Kreisen der Arbeitgeber der Ueberzeugung Bahn zu brechen, wie eine übermäßige Anspannung der Arbeitskräfte gar nicht einmal in ihrem

eigenen Interesse gelegen sei. Man kann im Allgemeinen annehmen, daß zur Zeit in Deutschland eine Arbeitszeit von 11 Stunden die Regel bildet, und es sind bereits große Fabrikdistrikte, namentlich in Westphalen und Rheinland, wo schon die 10 stündige Arbeitszeit sich einbürgert. Daneben ist aber nicht zu verkennen, in wie weitem Umfange doch noch eine übermäßige Anstrengung der Arbeiter durch Ueberlastung mit Arbeitsstunden stattfindet, was auch die Berichte der Fabrikinspektoren unzweifelhaft bestätigen. Auch in der Landwirthschaft wird den Arbeitern, namentlich auch dem Gefinde, die nöthige Nachtruhe häufig nicht gegönnt. In manchen Gegenden scheint den Arbeitgebern im Großen und Ganzen noch gar nicht einmal die Idee gekommen zu sein, in ihrem eigenen Interesse, geschweige denn aus Rücksichten der Humanität, zu untersuchen, bis auf welche Grenze sich die Arbeitszeit ermäßigen läßt, ohne hierdurch das Arbeitsquantum zu verringern. Es sind sehr wenige Fälle, wo sich bisher nicht stets die Erkenntniß auf Grund thatsächlicher Beobachtungen Bahn gebrochen hat, daß eine vernünftige Herabsetzung der Arbeitszeit der Qualität der Arbeit nur zu Gute gekommen ist und ihre Quantität nicht vermindert hat.

Es ist also keine Frage, wie eine solche rationelle Herabsetzung der Arbeitszeit nicht bloß mit der Beibehaltung der bisherigen Lohnhöhe vereinbar war, sondern wie der Fabrikant durch die Ersparniß an den Fabrikationsunkosten eines früher unnöthig verlängerten Betriebes noch bedeutenden Vortheil gehabt hat. Es erscheint hiernach als humane Pflicht und auch als ein Gebot des eigenen Interesses, daß überall, wo es noch nicht geschehen, der Arbeitgeber die gründlichste Untersuchung anstellt, um die Grenzen zu ermitteln, wo die kürzeste Arbeitszeit sich mit der besten und höchsten Arbeitsleistung deckt. Das Resultat dieser Untersuchung wird fast in jedem Falle dahin gehen, daß die Herabsetzung auf eine 10-, höchstens 11 stündige Arbeitszeit für alle Gewerbszweige zulässig und in allen Beziehungen vortheilhaft für beide Theile ist. Die humanen Anschauungen einzelner Arbeitgeber können hierbei sehr wirksam unterstützt werden, wenn die Handelskammern, Vereine der Gewerbetreibenden u. s. w. auf die gemeinsame und gleichzeitige Durchführung solcher Maaßregeln in ganzen Distrikten hinwirken.

Es ist eine schwerwiegende und noch keinesfalls spruchreife Frage, ob die Herabsetzung der Arbeitszeit auf ein Maximum von etwa 11 Stunden, wie dies in der Schweiz und neuerdings auch in Oesterreich eingeführt ist, da wo sie bisher noch nicht freiwillig stattgefunden hat durch gesetzlichen Eingriff zu regeln sei, ob also eine auf den sogenannten Normal- oder Maximalarbeitstag hinzielende Maaßregel dem Arbeiter nützlich sei, ohne dem Arbeitgeber wesentlich zu schaden. Es wird noch längerer Zeit bedürfen, ehe die Ansichten der Arbeitgeber und der Gesetzgeber sich in diesem Punkte klären werden, ebenso auch die der Arbeiter selbst. Denn die angestellten Untersuchungen, wie die Berichte der Fabrikinspektoren beinahe auf jeder Seite ergeben, konstatiren es, daß in weiten Kreisen der Arbeiter die Forderung gesetzlicher Fixirung eines Normal- oder Maximalarbeitstages allgemein verbreitet ist, während in vielen Arbeitsbezirken, insbesondere in den ärmsten, die entgegengesetzte Neigung besteht, dem geringen Arbeitsverdienst durch Ueberstunden aufzuhelfen. So weit zu gehen, daß auch die Ueberstunden obligatorisch abzuschaffen seien, wird überhaupt bei einer vernünftigen Gesetzgebung gar nicht in Frage kommen können, weil die Eigenthümlichkeiten und Existenzbedingungen einer großen Zahl von Industriezweigen durchaus nicht gestatten, das ihnen unregelmäßig zugehende Arbeitsquantum das ganze Jahr hindurch innerhalb einer mechanisch vorgeschriebenen täglichen Stundenzahl regelmäßig erledigen zu können. Und bis jetzt kann sich eine große Anzahl von Arbeitgebern überhaupt noch nicht mit dem Gedanken befreunden, daß ihnen bezüglich der Regelung ihrer Verhältnisse zu den erwachsenen Arbeitern und Arbeiterinnen irgend ein polizeilicher Zwang oder eine Kontrolle aufzuerlegen sei. Dabei darf jedoch konstatirt werden, daß täglich die Anzahl der gewerblichen Unternehmer wächst, welche einen Maximalarbeitstag, soweit er nur Mißbräuche abschneidet und die nothwendige Freiheit der wirtschaftlichen Bewegung nicht weiter hindert, als es Humanitätsrückichten gebieterisch fordern, durchaus nicht mit ungünstigen Augen ansehen. Rückichten auf Ausgleichung der inneren Konkurrenz sprechen ebenfalls dafür, mit der Arbeitszeit auf ein gleichmäßiges Niveau zu gelangen.

Auch in Bezug auf die Beschränkung der Kinderarbeit

dringen die humanen Rücksichten immer mehr ins Bewußtsein der Arbeitgeber ein. So begegnen auch die neueren gesetzgeberischen Bestrebungen, die Beschäftigung der Kinder in Fabriken bis zum vollendeten 14. Lebensjahre, oder doch wenigstens bis nach vollständig abgeleiteter Schulpflicht, gänzlich zu unterlagen, nur noch einem täglich geringer werdenden und auf eine kleinere Anzahl von Arbeitsdistrikten beschränkten Widerstand Seitens der Arbeitgeber. Es wird Aufgabe der Gesetzgebung sein, auch hier eine Vermittelung der Arbeits- und Humanitätsinteressen anzubahnen, welche insbesondere auch ins Auge zu fassen hat, daß bei Beschränkung der Kinderarbeit in Fabriken einer Ausbeutung derselben im Gebiete der Hausarbeit nach Möglichkeit vorgebeugt werde.

Ohne in allen diesen Fragen bereits maasgebende Urtheile über die zu treffende gesetzgeberische Entscheidung aussprechen zu wollen, erfordert doch der soziale Friede aufs Dringendste, daß jeder einzelne Arbeitgeber dieselben einer ernstesten und gewissenhaften Prüfung unterzieht und sich selbst darüber klar wird, wie weit er in dieser Beziehung im eigenen und im Interesse der Menschlichkeit gehen, und wie weit er also auch die hierauf gerichtete gesetzgeberische Thätigkeit unterstützen kann und soll. Es wäre lächerlich, den Arbeitgebern predigen zu wollen, daß sie auf diesem Gebiete lediglich den Eingebungen eines guten Herzens zu folgen hätten, ihr eigenes Interesse zu berücksichtigen moralisch nicht berechtigt wären. Der Arbeitgeber ist im Gegentheil so berechtigt wie verpflichtet, auch die Existenzbedingungen seiner Unternehmung im Auge zu behalten, mit humanistischen Maasnahmen vorsichtig vorzugehen und der Fesseln zu gedenken, welche ihm selbst die durch die Konkurrenz distirten Waarenpreise bezüglich der Produktionskosten auferlegen. Allein gerade diese Abwägung beider Rücksichten wird meist dahin führen, dem Arbeitgeber wesentliche Konzessionen an die Arbeiter als zulässig erscheinen zu lassen, die er bisher gewohnheitsmäßig für unzulässig hielt. Geschiehe dies überall und gleichmäßig in allen Arbeitsdistrikten, so würden wir voraussichtlich zu Resultaten kommen, welche die gesetzliche Einführung einer Maximalarbeitszeit und anderer Arbeiterschutzbestimmungen als unnöthig erscheinen lassen. Zweifelhaft ist es aber,

ob dieser Prozeß der Freiwilligkeit sich nicht länger hinziehen dürfte, als die humane Strömung unserer Zeit gestattet.

Eine unabweisliche Pflicht für jeden Arbeitgeber bleibt ferner die Sorge für Unfallverhütung, die er im weitesten Umfang zu erfüllen hat.

Auf diesem Gebiet läßt gegenwärtig die deutsche Gesetzgebung, wenn energisch durchgeführt, kaum noch etwas zu wünschen übrig. Der Arbeitgeber soll aber in dieser Beziehung nicht bloß die gesetzlichen Vorschriften der Unfallverhütung mechanisch ausführen, welche sich ja doch immer nur auf Allgemeinheiten erstrecken können, sondern in jedem einzelnen Fall, und womöglich unter Zuziehung der Meister und Arbeiter, die Maaßregeln zum Schutz des Lebens und der Gesundheit derselben berathen und ins Werk setzen, welche seine gewerbliche Anlage speziell erfordert und gestattet. Hiermit verbunden ist auch die Sorge für gesunde Betriebsräume, für gute Lüftung, Verhütung von Zugluft, angemessene Erwärmung der Räume u. s. w., in welcher Beziehung die Kompetenz der staatlichen Organe nicht soweit reicht und auch niemals soweit reichen wird, um nicht im konkreten Fall durch die Humanität des Unternehmers ergänzt werden zu müssen. An die Frage gesunder Fabrikräume schließen sich auch die Einrichtungen an, welche unter besonderen Verhältnissen zu Gunsten der Arbeiter zu treffen sind. Hierhin gehört insbesondere die Herstellung von Räumen, worin die Arbeiter, welche entfernter wohnen, ihr Mittagsmahl einnehmen, ihr Essen wärmen können; es gehören dahin auch für manche Industriezweige ausreichende und gesunde Einrichtungen zum Waschen und Baden.

Ebenfalls hierher gehört die Sorge für gesunde und möglichst billige Arbeiterwohnungen. Derselben wird, insbesondere bei großen gewerblichen Unternehmungen und namentlich in Rheinland und Westphalen, in steigendem Maaße Rechnung getragen, jedoch noch nicht annähernd in dem Umfange, welcher eine baldige, allgemeine Lösung dieser wichtigen Frage im Wege der Freiwilligkeit erwarten ließe. Wie vielen Arbeitgebern ist noch nicht einmal der Gedanke gekommen, daß sie sich um die Wohnungsverhältnisse ihrer Arbeiter zu kümmern hätten! In den Müllhauser Fabriken ist dieser Fürsorge durch die Erbauung eines förmlichen Arbeiterviertels

(cité ouvrière) Rechnung getragen, gegen dessen Zweckmäßigkeit sich übrigens in neuerer Zeit fast ebenso starke Bedenken geltend machen, wie gegen die großen Arbeiterkasernen. Die Absicht der Arbeitgeber richtet sich in Mülhausen, im Bergischen u. s. w. darauf, die Arbeiter durch Abzahlungen in Stand zu setzen, sich allmählich zu Eigenthümern gesunder und zweckmäßiger Wohnungen zu machen. In größerem Umfang wird sich übrigens dieses Ziel nur da erreichen lassen, wo die Arbeiter so zu sagen sesshaft sind und selten oder nie wechseln, auch spezielle Neigung zum Häuserwerb haben, was nicht überall der Fall ist. Die wichtigste Frage bleibt stets die der Mietwohnungen, und es wäre wohl angezeigt, auf diesem Gebiet mit allgemein gesetzgeberischen, zum mindesten Landes- und ortspolizeilichen Maasregeln vorzugehen, um zunächst das Vermiethen gesundheitschädlicher und ungenügender Räumlichkeiten zu verbieten. Bis dahin möge sich der einzelne Arbeitgeber daran erinnern, wie wichtig diese Frage für Leben und Gesundheit seiner Arbeiter ist und hiernach handeln. Ihre Lösung kann nicht nach bestimmten Formeln erfolgen, sondern muß sich überall den konkreten Verhältnissen anpassen, ist häufig auch nicht durch den einzelnen Arbeitgeber, sondern nur durch Vereinigungen zu erreichen. Der Arbeitgeber darf auf diesem Gebiet nicht vor Opfern zurückschrecken, und überall muß man ihn an der Spitze finden, wo es sich überhaupt darum handelt, der hochwichtigen Wohnungsfrage näher zu treten, die von der Bildfläche der humanistischen Bestrebungen, sei es freiwilliger, sei es gesetzgeberischer, nicht wieder verschwinden darf, bis sie genügend gelöst ist.

Eine vielfach noch vernachlässigte und doch äußerst wirksame Einrichtung, um Arbeitgeber und Arbeiter näher aneinander zu fesseln, ist die Veranstaltung von Vergnügungen, einfachen Festlichkeiten, Ausflügen u. s. w. Wenn die Veranlassung hierzu, neben patriotischen Gedenktagen, aus frohen Ereignissen in der Familie des Arbeitgebers entnommen wird, so ist dies besonders dienlich zur Herstellung freundlicher Beziehungen; dahin gehört insbesondere auch die ehrende Auszeichnung alter treuer Arbeiter.

Das wichtigste Bindemittel aber ist die Theilnahme des Arbeitgebers an dem Schicksal der verunglückten, der armen und kranken Arbeiter und ihrer Familien. Hier darf

unter keinen Umständen die bequeme Ansicht Maß greifen, als ob mit der Erfüllung der gesetzlichen Krankenkassen- und Unfallversicherungspflichten die menschliche Aufgabe des Arbeitgebers erschöpft sei, um so weniger als z. B. die Krankengelder zum halben Arbeitslohn ungenügend sind, wenn es sich um den Ernährer einer starken Familie und um langandauernde Krankheiten handelt. Er muß dem Armen und Unglücklichen persönliche Theilnahme an seinem Loos zeigen, tröstend, rathend und helfend eingreifen, sich insbesondere auch der Hinterlassenen verstorbenen Arbeiter annehmen und für ihr Fortkommen sorgen. Hierdurch kann auch namentlich auf die Stimmung der Arbeiterfrauen eingewirkt werden, die in der sozialdemokratischen Bewegung eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Es ist nun selbstverständlich, daß die Erfüllung dieser persönlichen Aufgaben je nach der Natur und dem Umfange der Unternehmungen, nur in sehr verschiedener Weise gelöst werden kann. Es wäre insbesondere unmöglich, daß in großen Fabriken, die Hunderte, ja Tausende von Arbeitern beschäftigen, die Arbeitgeber persönlich jeden einzelnen Kranken besuchen könnten. Auf dem Lande ist dies selbst bei ausgedehnter Güterbewirthschaftung, immer noch weit eher möglich, als in großen gewerblichen und oft weit auseinandergerissenen Unternehmungen; noch leichter ist es im Handwerk. Allein in solchen Tagen ist es auch durchaus nicht nothwendig, daß der Arbeitgeber alle diese Verpflichtungen in Person zu übernehmen hätte; seine Aufgabe ist nur, diese menschenfreundliche Thätigkeit im Allgemeinen zu überwachen und die Richtungslinien anzugeben, nach denen der Humanität in diesen Beziehungen Genüge zu leisten sei. In großen Fabriken werden hierzu die Beamten und namentlich auch die den Arbeitern unmittelbar vorgeordneten Meister sehr wirksam heranzuziehen und aus ihnen sehr wirkungsvolle Organe der Wohlthätigkeit und Fürsorge zu machen sein. Von der größten Wichtigkeit ist es dabei, das weibliche Element, welches für die Armen- und Krankenpflege in erster Linie veranlagt ist, hierzu heranzuziehen. Die Frauen der Arbeitgeber, ihrer Beamten und Unterbeamten müssen sich den Wohlthätigkeitsbestrebungen in dieser Richtung organisch einfügen und können sich so zum wirksamsten Faktor der Herstellung und Erhaltung eines guten und friedlichen Einver-

nehmens zwischen Arbeitern und Arbeitgebern machen. Es ist unverkennbar, wie auf dem Lande die Theilnahme der Frauen an Unglück und Noth der Arbeiter und ihrer Familien durchschnittlich viel weiter eingebürgert ist, als bei gewerblichen Unternehmungen.

Eine wesentliche Verpflichtung der Arbeitgeber liegt auch darin, sich der Fortbildung der Arbeiter, insbesondere der jugendlichen Arbeiter, zu widmen. Nur in größeren geschlossenen Etabliements würde dies durch Errichtung eigener Schulen, Sonntagschulen, Fortbildungsschulen, Fachschulen, Krippen, Kleinkinderschulen, Spielplätzen für die Kinder u. s. w. zu erreichen sein. In der Regel liegen diese Aufgaben in den Händen der Gemeinde und fallen mit denjenigen zusammen, welche überhaupt für die Erziehung, die moralische und intellektuelle Hebung der unteren Volksklassen ins Werk zu setzen sind. In dieser Beziehung kann aber der Arbeitgeber besonders segensreich wirken, wenn er alle dahin gehenden Aufgaben und Bestrebungen der Gemeinde aufs Wärmste unterstützt und dabei eigene Opfer nicht scheut. Die Ausbreitung des Systems der württembergischen Fachschulen, der preussischen Webereischulen u. s. w. sollte hierbei besonders ins Auge gefaßt werden. Nichts wirkt günstiger auf die Stimmung der Arbeiter zurück, als wenn sie ihre Arbeitgeber an der Spitze aller Bemühungen stehen sehen, solche Einrichtungen zu treffen und zu fördern, welche das leibliche und geistige Wohl der arbeitenden und überhaupt der ärmeren Klassen zu bessern geeignet sind.

Ein großes Verdienst können sich die einzelnen Arbeitgeber auch erwerben, indem sie besonders befähigten Kindern von Arbeitern zur Erlangung einer höheren Ausbildung behülflich sind. Sie können hierin von den Sozialdemokraten lernen, welche in dieser Beziehung besonders Bedacht nehmen, ihren Reihen in Zukunft tüchtige Kräfte zuzuführen, denen alle Aemter und Berufsarten offen stehen.

Zur Arbeiterfürsorge gehört auch insbesondere die Beschaffung von Spargeliegenheit und die Anleitung zum Sparen überhaupt. Wo keine leicht zugänglichen öffentlichen Sparkassen existiren, da sollte jeder Arbeitgeber bedacht sein, sei es allein, sei es in Verbindung mit Anderen, derartige Einrichtungen zu treffen. So groß auch schon die Anzahl der Sparkassen ist, welche bei größeren Unternehmungen durch die Besitzer eingerichtet wurden, und von denen viele den Arbeitern

einen weit höheren Zins vergüten, als dieselben bei öffentlichen Sparkassen von ihren Einlagen erwarten könnten, so sind im Großen und Ganzen diese wohlthätigen Einrichtungen doch in der allgemeinen Verbreitung noch außerordentlich zurückgeblieben.

Nichts wirkt vortheilhafter und moralisch kräftigender auf den Arbeiter, als wenn er erst zu sparen begonnen hat und sich eines kleinen Besitzes erfreut. Die von der Hand in den Mund und leichtsinnig in den Tag hinein lebenden Arbeiter sind weit leichter zu unnützen und ungerechtfertigten Ausgaben — worunter wir in erster Linie das Durchfüttern der sozialdemokratischen Agitatoren und das Halten verbotener Zeitschriften rechnen — zu veranlassen, als ein Arbeiter, der sich bereits einen Sparpfennig für die Zeiten der Noth zurückgelegt hat. Auf das Postsparkassengesetz kommen wir noch kurz zurück.

Eben so wenig wie die Sparkassen sind auch die Einrichtungen zu allgemeiner Einführung gelangt, welche bezwecken, den Arbeitern ihre nothwendigsten Lebensbedürfnisse aufs Billigste und in einer mit ihren Einnahmeverhältnissen übereinstimmenden Weise der Abzahlung zuzuführen, also der Gegensatz des früheren schändlichen Drucksystems. Die Errichtung eigener, oder der Anschluß an größere Konsumvereine, oder auch, wenn dies nicht zu erreichen ist, die Beschaffung der nothwendigsten Lebensbedürfnisse von Fall zu Fall, sollte sich als stehende Verpflichtung jedes Arbeitgebers einbürgern. Der Unterschied des Einkaufs im Großen und der Detailpreise, ist in der Regel so groß, daß für den Arbeiter hierdurch eine höchst wesentliche Ersparniß herbeigeführt werden kann, ohne daß der Unternehmer irgend wesentliche Opfer, als höchstens vorübergehende Voranschüsse, zu bringen hätte. Unstreitig ist auch ein Fortschreiten in dieser Richtung bemerkbar; allein es ist doch noch ein sehr weiter Weg bis zur allgemeinen Durchführung zurückzulegen.

Auf eines möchten wir aber noch besonders hinweisen, nämlich alle derartigen Einrichtungen, und in erster Linie die Konsumvereine zur Beschaffung billiger Lebensbedürfnisse, nur unter Zuziehung der Unterbeamten und Arbeiter zu treffen. Für die Bevormundung erntet der Arbeitgeber niemals Dank, auch wenn seine Absichten und deren Durchführung die vortrefflichsten sind. Was man für die Arbeiter thun will, thue man auch möglichst durch

dieselben; nur dann erntet man Anerkennung und verhütet Mißtrauen.

Aber auch einem Antikonsumverein möchten wir energisch das Wort reden, nämlich der Bekämpfung der Trunksucht, sei es durch Unterstützung der gegen diese soziale Pest zu bildenden Vereine und Einwirkung auf die Arbeiter, denselben beizutreten, sei es durch Herbeiführung einer Einschränkung und schärferen Kontrolle der Schankstätten. So verdient auch das Gesetz behufs Erhöhung der Brauntweinsteuer die volle Unterstützung der Arbeitgeber.

Wir machen im Allgemeinen die Bemerkung, daß in der Regel eine Gemeinsamkeit humanitärer Einrichtungen sich in mitunter ganz gleichartiger Weise über ganze Fabrikdistrikte erstreckt, während leider auf der anderen Seite viele Distrikte vorhanden sind, an deren Grenze jene Bemühungen bisher noch vollständig Halt gemacht haben. Sehr Vieles kann auf diesen Gebieten auch ohne irgend wesentliche materielle Opfer, durch zweckmäßige Vereinigung aller Kräfte, ins Leben gerufen werden; andere Aufgaben dagegen lassen sich allerdings nur im Wege der Opferwilligkeit der Arbeitgeber lösen. Und nichts kann vortheilhafter wirken und gerechtfertigter sein, als die humanistische Agitation auch in solche Bezirke zu tragen, die sich bisher in Gleichgültigkeit oder Egoismus ablehnend dagegen verhielten.

Maß und Grad, in welchen auf allen diesen Gebieten einzuwirken ist, sind allerdings nicht bloß von der Leistungsfähigkeit der Arbeitgeber abhängig, sondern werden auch durch die Bedürfnisse und Lebensgewohnheiten der Arbeiter speziell diktiert werden müssen. Es giebt keine absolute Formel, wie man den Arbeiter befriedigen kann; alles auf diesem Gebiete ist relativ und nicht die kleinste Rolle spielen die hergebrachten Anschauungen, Ansprüche und Lebensbedingungen. Was der wohlwollendste Arbeitgeber sich am grünen Tisch ausgedacht, vielleicht mit großen Opfern ins Werk gesetzt hat, bleibt oft erfolglos, wenn es den Gewohnheiten und Idiosynkrasien der Arbeiter nicht entspricht. Die Arbeiter der verschiedenen Distrikte stehen naturgemäß auf sehr verschiedenen Entwicklungsstufen und huldigen bezüglich ihrer Lebensgewohnheiten sehr verschiedenen Ansichten und Vorurtheilen. Das subjektive Moment, die thatsächlich bestehenden, wenn auch auf idiosynkratischen Ansichten wurzelnden

Unterschiedlichkeiten in der Arbeiterwelt, müssen daher in jedem Bezirk und sogar in jedem einzelnen Falle zu Rathe gezogen werden, um das Richtige zu treffen.

Wenn es in einem Falle vollständig nutzlos sein würde, Bedürfnisse befriedigen zu wollen, die nicht, oder doch nicht in dringlicher Weise vorhanden sind, so kann es im anderen Falle geboten erscheinen, die eigene Ansicht des Arbeitgebers von der Zweckmäßigkeit und Zulänglichkeit der beabsichtigten Einrichtungen durch solche Erwägungen zu modifiziren. Alles dies weist wieder darauf hin, die Arbeiter, selbst bei dem was man für sie thun will, zu Rathe zu ziehen. Das sogenannte „Ältesten-Kollegium“ in den Fabriken von F. Brandts in M.-Gladbach, von D. Peters & Co. in Revinges, auf den Fürstlich Wächtersbach'schen Werken in Schlierbach u. s. w. könnte in dieser Beziehung als Muster dienen. Gemeinsame Besprechungen sind das geeignetste Mittel, um die besten Wege und Ziele aufzufinden, wie die Zufriedenheit der Arbeiter erreicht werden kann und wie übertriebene oder nach unrichtiger Seite gehende Forderungen derselben durch Belehrung eingeschränkt und berichtigt werden können. Kein Arbeiter, und sei es der verbissenste Sozialdemokrat, bleibt unempfänglich für den Einfluß wohlwollender Berührung Seitens des Arbeitgebers, und er fühlt sich befriedigt, ja selbst geehrt, wenn der Arbeitgeber seine Meinung zu erfahren wünscht oder selbst seinen guten Rath beansprucht. Der Arbeitgeber hat überhaupt nicht zu fürchten, daß ihm auf diesem Wege größere Opfer abgepreßt werden möchten; er wird im Gegentheile häufig finden, daß die Wünsche der Arbeiter leichter und mit geringeren Opfern zu befriedigen sind, wenn die betreffenden Fragen eingehend mit ihnen besprochen wurden. Daß hierbei in großen Unternehmungen der Arbeitgeber nicht direkt mit der ganzen Arbeiterschaft, sondern nur mit Vertrauensmännern derselben verhandeln kann, ergibt sich von selbst.

Von besonderer Wichtigkeit erscheint es auch, die in vielen Werken eingeführten Fabrikordnungen und ihre Straffestsetzungen dem Gutachten der Arbeiter zu unterbreiten, indem diese sehr häufig unnöthigerweise Anlaß zu großen Mißhelligkeiten bieten.

Die Verwaltung der Krankenkassen bietet schon seit Jahr-

zehnten den schlagendsten Beweis, wie nichts leichter für den Arbeitgeber ist, als sich mit den Arbeitern zu verständigen, indem er mit ihnen in eine gemeinsame Berathung tritt. Von Streitigkeiten im Schooße dieser Verwaltungen, systematischer Opposition der Arbeiter und dergl. weiß man gar nichts. Die Arbeitervertreter sind im Gegentheil in zweifelhaften Fällen, insbesondere bei Simulationen, oft strenger gegen ihre Berufsgenossen als die Arbeitgeber selbst. Und diese unzweifelhafte und überall bestätigte Beobachtung sollte auch das Urtheil der Arbeitgeber in Bezug auf die Erweiterung solcher gemeinschaftlichen Thätigkeit leiten. Es würde dadurch manchem Vorurtheil begegnet, welches sich jetzt sofort geltend macht, wenn auf dem Gebiet der Freiwilligkeit, oder noch mehr auf dem Gebiet der Gesetzgebung, die Zuziehung des Arbeiters zur Regelung von Fragen in Vorschlag gebracht wird, in welchen bisher der Arbeitgeber selbstständig und unbeeinflusst entschied.

Um nur ein Beispiel anzuführen, so überläuft gegenwärtig noch die meisten Arbeitgeber eine wahre Gänsehaut, wenn sie von der Errichtung von Arbeitskammern sprechen hören. Und dennoch scheint es uns nicht bloß für den sozialen Frieden nützlich, sondern auch ziemlich unbedenklich, gewisse, allerdings scharf begrenzte Aufgaben zur Regelung, Begutachtung und Entscheidung von Arbeitsinteressen bestimmter Bezirke, einem aus Arbeitgebern und Arbeitern in gleicher Zahl zusammengesetzten Kollegium unter Vorsitz etwa der Fabrikinspektoren zu übertragen. Jeder Arbeiter, der in solcher Weise in die Stellung formaler Gleichberechtigung mit seinem Arbeitgeber getreten ist, wird fortan sozialdemokratischer Ansteckung und ungerechter Verbitterung immer weniger zugänglich, ja er wird die Belehrung, die er bei den gemeinsamen Erörterungen auch über die seinen Wünschen entgegenstehenden Schwierigkeiten gewonnen, in weiteren Arbeiterkreisen verbreiten.

Wir bemerkten schon und wiederholen es hier, daß es eine vollständig falsche Ansicht ist, mit materiellen Leistungen allein den Frieden auf sozialem Gebiet herstellen zu wollen. Wir begegnen mitunter oft kostspieligen und prunkenden Einrichtungen für die Arbeiter, mit rücksichtsloser Behandlung gepaart. Hierfür liefern manche Gegenden des Elsaß den Beweis, so daß die Einführung der humanen

deutschen Gewerbeordnung dort dringend wünschenswerth erscheint. Das subjektive Gebiet bietet überall Handhaben, die oft sogar noch wirksamer sind als materielle Leistungen und vielfach ergriffen werden können, selbst ohne den Arbeitgebern irgend bedenkliche Opfer aufzuerlegen. Nicht bloß die materiellen Interessen wollen gefördert, auch die Gefühle und selbst die Vorurtheile der Arbeiter wollen geschont sein, wie denn überhaupt im ganzen Privat- und öffentlichen Leben die Vorurtheile gleiche Berücksichtigung wie die Forderungen der abstrakten Vernunft beanspruchen, um einen Zustand der Zufriedenheit zu schaffen. Die Zufriedenheit steht mit einem Fuße auf objektivem, mit dem anderen auf subjektivem Boden. Die Befriedigung des Standesbewußtseins der Arbeiter, die Gewährung solcher Einrichtungen, welche dasselbe zu heben im Stande sind, alles dies liegt entschieden auf dem Wege zur Herstellung des sozialen Friedens. Und wenn man auch bei den traurigen Erscheinungen, welche die Gegenwart zeitigt, sicherlich nicht ohne Berechtigung mit Vorsicht, ja Mißtrauen, auf alle Organisationen und Vereinigungen blickt, welche sich in den Kreisen einer aufgeregten Arbeiterschaft bilden, so liefert doch die Erfahrung nicht den mindesten Anhalt, daß die Einrichtungen gemeinsamen Zusammenwirkens der Arbeitgeber und Arbeiter jemals zu Brutstätten der Sozialdemokratie oder zur maßlosen Steigerung unerfüllbarer Ansprüche Seitens der Arbeiter geführt hätten oder führen könnten. Selbstverständlich ist dabei vorausgesetzt, daß die Aufgaben, die der gemeinsamen Berathung und Entschließung überwiesen werden, der Verständigung und Lösung im beiderseitigen Interesse zugänglich sind und daß sie der Arbeiter zu übersehen im Stande ist. Die sozialdemokratischen Forderungen, welche die Arbeitskammern zu wirklichen Parlamenten ausbilden wollen, würden allerdings dem sozialen Frieden nur entgegenarbeiten, ihren eigentlichen Zweck überdies niemals erfüllen können.

Natürlicherweise bleiben ebenso viele Fragen übrig, in welchen sich weder die Arbeitgeber noch die Arbeiter das Recht selbstständiger Berathung und Beschlußfassung nehmen lassen werden. Man wird also niemals alle Koalitionen der Arbeiter wie der Arbeitgeber in gemeinsame Aktionen auflösen können. Wohl aber kann man, außer den Institutionen gemeinsamer Thätigkeit, auch Organe schaffen, welche

das Entstehen von Konflikten möglichst verhindern, entstandene Konflikte abschwächen oder für die noch stehen gebliebenen Differenzen Handhaben zur friedlichen Ausgleichung bieten.

Diese Ergänzungen führen auf die Schiedsgerichte hin und es wird ja zur Zeit allgemein, selbst von Sozialdemokraten, anerkannt, wie die eingeführten gewerblichen Schiedsgerichte sich bewähren und weiterer Verbreitung und obligatorischer Einführung im ganzen Reich bedürftig sind. Hierfür hat sich auch die Reichstags-Kommission in der vorletzten Session ausgesprochen. Niemals werden allerdings solche staatlicherseits eingesetzten Schiedsgerichte an die Stelle der Verständigungen treten können, welche in den einzelnen Fällen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern erforderlich bleiben, und worin sich weder der eine noch der andere Theil dem Urtheil staatlicher Schiedsgerichte unterwerfen könnte und würde. Sich im einzelnen Falle auf dem Boden der gegebenen Verhältnisse über Lohnhöhen, Arbeitszeit u. s. w. zu verständigen und ein friedliches Verhältniß anzubahnen, bleibt eine Aufgabe, deren Erfüllung sich nicht reglementiren läßt, zu deren Lösung aber der wohlwollende und intelligente Arbeitgeber, selbst aufgeregten Arbeitern gegenüber, den Schlüssel in der Hand hat.

Erfolge in allen diesen Richtungen sind allerdings nur von der Geduld und Konsequenz zu erwarten. Wenn ein Arbeitgeber von seinen humanen Einrichtungen und seinem wohlwollenden Entgegenkommen den Arbeitern gegenüber namentlich in aufgeregten Zeiten einen sofortigen Einfluß, eine sichtbare Wirkung, eine allseitige Anerkennung, ein rasches Schwinden des bestehenden Mißtrauens erwartet, wenn er nicht gesonnen ist, diese Wege unbeirrt und ohne Rücksicht auf unmittelbar hervortretende Wirkung durchzuführen, so würde er besser thun, gar nicht erst in solche Versuche einzutreten. Hier gilt es, jahrelang eingewurzelte Schäden, jahrelang eingewurzelte Verstimmungen langsam und allmählich zu heilen und sich nicht durch pessimistische Betrachtungen über anfängliche Erfolglosigkeit irgendwie beeinflussen zu lassen.

Alle diese Aufgaben liegen auch in fast noch dringenderer Weise denjenigen Gesellschaften ob, bei denen, wie namentlich bei den großen Aktiengesellschaften, Gewerkschaften u. s. w., die eigentlichen

Arbeitgeber, die Kapitalisten, nur durch Mandatäre (Direktoren) mit den Arbeitern in Berührung treten. Je loser hier das subjektive Band zwischen Arbeiter und Arbeitgeber ist, desto mehr liegt es den Organen jener Gesellschaften ob, dasselbe zu befestigen und auch das kalte Gefüge statutarischer Bestimmungen mit humanen Bestrebungen zu erfüllen. Unverkennbar ist übrigens, wie eine große Anzahl von Aktiengesellschaften auf diesem Gebiete in gleicher Weise fortschreitet, wie die humansten Arbeitgeber.

Wie schon Eingangs gesagt, enthalten vorstehende Erörterungen durchaus keine neuen Vorschläge, sondern sollen nur dringend darauf hinweisen, daß jeder Arbeitgeber an seiner Stelle seine Pflicht erfülle. Viele davon, und ihre Zahl steigt täglich, gewähren bereits Alles, ja mehr als was hier behufs Erfüllung berechtigter Arbeiterforderungen angeführt worden ist;\*) andere haben noch gar keine, oder doch nur ungenügende Schritte in dieser Richtung gethan und verharren dem Ansturm der Sozialdemokratie gegenüber in völliger Indolenz. Sie aufzurütteln ist der Zweck dieser Zeilen.

---

\*) Um nur Ein Beispiel von Vielen anzuführen, erwähnen wir hier der Wohlfahrts Einrichtungen, die in den Fabriken der Firma F. Brandts in M.-Gladbach neben der Fabrikordnung, der gesetzlichen Krankenkasse u. s. w. eingeführt sind.

1. Konstituierung eines Arbeitervorstandes als „Ältesten-Kollegium“ zur Verwaltung der verschiedenen Kassen und zur Erhaltung und Förderung des Geistes der Zusammengehörigkeit, der Ordnung und guten Sitte unter den Arbeitern.
2. Eine Familienkrankenkasse, als Ergänzung der gesetzlichen Krankenkasse, zu der der Fabrikbesitzer 50 % Zuschuß zahlt.
3. Eine Arbeiterkasse für Vorschüsse, Unterstützungen, gemeinschaftlichen Einkauf billiger Lebensbedürfnisse u. s. w., ebenfalls mit Zuschuß von 50 % Seitens des Fabrikinhabers.
4. Eine Sparkasse, deren Einlagen der Fabrikinhaber mit resp. 6, 5 und  $4\frac{1}{2}$  % verzinst.
5. Einen Sparverein der verheiratheten Arbeiter zur Beschaffung billiger Lebensmittel, die der Fabrikinhaber mit 5 % verzinst.
6. Eine Kinderbewahrschule.
7. Eine Nähsschule.
8. Eine Arbeiterbibliothek.
9. Bade-, Wasch- und Umkleideräume.
10. Ein Gesangs- und Instrumentalverein.
11. Mittagstisch zu 25 Pfg. pro Kopf und Tag.

Die Erörterungen nahmen in erster Linie Bezug auf die Verhältnisse in der Industrie, wo das größte Arbeitsfeld für humane Bestrebungen vorliegt. Für Landwirtschaft und Handwerk liegen die Aufgaben einfacher und erfordern geringere materielle Opfer; desto intensiver sollten sich hier die subjektiven Leistungen geltend machen.

---

Das Gebiet verlassend, auf welchem es im Wesentlichen der Humanität und Einsicht des einzelnen Arbeitgebers anheimgestellt ist, auf die Bekämpfung der sozialdemokratischen Bestrebungen im Wege wohlwollenden und taktvollen Benehmens, sowie menschenfreundlicher Opferwilligkeit einzuwirken, kommen wir nunmehr zu den Gebieten, wo mit vereinten Kräften zu wirken ist, wo also die großen Vereinigungen der Gewerbetreibenden, Handwerker, Landwirthe u. s. w. in erster Linie ihre Thätigkeit einzusetzen und die Richtungslinien zu bezeichnen haben. Hier handelt es sich vorzugsweise und vor Allem um die Bekämpfung der sozialdemokratischen Presse, insbesondere Tagespresse, was bisher in geradezu unverantwortlicher Weise vernachlässigt worden ist. Bis jetzt kann kaum die Rede davon sein, daß der außerordentlich geschickten und ausgedehnten Wirksamkeit, welche die Sozialdemokraten gerade auf diesem Gebiet entfalten, in irgend einer Weise entgegengearbeitet worden sei. Um zu wissen, wie stark der Feind ist, den man hier zu bekämpfen hat, ist zunächst darauf hinzuweisen, wie das offizielle Organ jener Partei, der in Zürich erscheinende „Sozialdemokrat“, gegenwärtig in einer Auflage von ca. 10 000 Exemplaren verbreitet wird. Von denselben werden allein in Berlin gegen 600 Exemplare heimlich vertrieben. Im Ganzen erscheinen gegenwärtig in Deutschland gegen 50 Zeitungen sozialdemokratischer Tendenz, denen im Jahre 1886 allein 9 neue hinzugetreten sind, während allerdings die gleiche Zahl verboten wurde. Diese Zeitschriften treten in der verschiedensten Gewandung auf, als politische Zeitungen, Blätter zu gemeinnütziger Belehrung, Unterhaltungsblätter, Anzeiger lokaler Inhalts u. s. w. Außerdem existiren noch 23 Organe gewerkschaft-

licher Verbände der verschiedensten Art, welche, wenn sie auch nicht sämtlich, theilweise (wie namentlich die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine) gar nicht auf sozialdemokratischem Boden stehen, doch vielfach in Beziehung auf die Schürung der Unzufriedenheit und Aufstellung unerfüllbarer Forderungen jenen rein sozialdemokratischen Blättern nicht viel nachgeben. Da gewöhnlich eine größere Zahl von Arbeitern zusammen ein Exemplar jener Zeitschriften hält, so ist die Verbreitung dieser Blätter eine weit größere, als man, der Anzahl ihrer Exemplare nach, im Vergleich mit der Verbreitung größerer politischer Zeitungen annehmen sollte. Eingeweihte schätzen die durchschnittliche Verbreitung jedes einzelnen sozialdemokratischen Blattes auf einen Leserkreis von 2= bis 3000 Personen. Hiernach hätten allein die in Deutschland erscheinenden sozialdemokratischen Zeitungen einen Leserkreis von 100= bis 150 000 Personen, denen etwa noch die Hälfte dieser Zahl hinzutritt an solchen, welche sich mit der Lektüre der Organe gewerkschaftlicher Verbände befaßen. Außerdem werden, neben dem Züricher „Sozialdemokrat“ viele verbotene Blätter eingeschmuggelt. Das Verbotene hat eben für die meisten Menschen einen besonderen Reiz, und die Lektüre dieser heimlich kolportirten Schriften hinterläßt demnach weit mehr Eindruck als die Lektüre erlaubter Zeitschriften oder Bücher.

Man sieht hieraus, wie die gesammte sozialdemokratische Presse in Deutschland eine Macht darstellt, von der die meisten Arbeitgeber gar keine Ahnung haben und auf welche sich in erster Linie, namentlich seitdem das Versammlungs- und Vereinigungsrecht der Sozialdemokraten durch das sogenannte Sozialistengesetz beschränkt worden ist, die Propaganda behufs Erweiterung des Kreises ihrer Anhänger stützt.

Wenn die Arbeitgeber aber schon aus dieser außerordentlichen Verbreitung der sozialdemokratischen Presse die Ueberzeugung schöpfen müssen, daß gerade hier die Hebel zur Belehrung und Besserung der Verführten, sowie zur Verhütung eines weiteren Umsichgreifens solcher Lehren in erster Linie anzusetzen sind, so verdient noch der Umstand Beachtung, wie es viel leichter ist zu vergiften, als durch Gegengifte zu heilen. Der Same der Zwietracht geht weit leichter auf, als der Same der Versöhnung, und überdies haben die Sozial-

demokraten durch die lange ungestörte Wirksamkeit auf diesem Gebiet einen Vorsprung erreicht, welcher sehr schwer wieder einzuholen ist. Das wesentlichste Aufreizungsmittel der sozialdemokratischen Presse besteht bekanntlich in der Schilderung, und zwar in der unglaublich übertriebenen Schilderung des in der Welt vorhandenen Glends und Unglücks, sowie der bestehenden ungleichen Vertheilung der irdischen Güter. Zudem sie nun diese, seit Erschaffung der Welt bestehende Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht als das was sie ist, nämlich unabweislich mit den verschiedenen Anlagen, Schicksalen und Existenzbedingungen der Menschen zusammenhängende irdische Unvollkommenheit, sondern die Beseitigung alles Glends und aller Noth als eine mögliche und durchführbare Sache hinstellt, wofür sie selbst das Rezept zu besitzen behauptet, während dessen Anwendung nur durch die Selbstsucht und Unmenschlichkeit der Arbeitgeber verhindert werde, erbittert sie die Arbeiter gegen dieselben und zerstört von Grund aus die bisherige Zufriedenheit der Arbeiter, indem sie die Bilder des Reichthums und Ueberflusses ihrem Loose gegenüberstellt. Aller Reichthum ist, den Lehren der Sozialdemokratie zufolge, nur aus der Ausbeutung des Arbeiters hervorgegangen, nur seinem Schweiß abgepreßt. Diesen Trugschlüssen entgegenzutreten, wird allerdings der Logik sehr leicht; allein um so schwerer ist es, die geweckten Vorurtheile und Leidenschaften wieder auszurotten, wenn sie einmal im Gemüth der Arbeiter Wurzel geschlagen haben.

Zur Bekämpfung dieser verderblichen Weltanschauung ist nichts wirksamer, als dem Arbeiter die Vergleiche zwischen sonst und jetzt historisch vorzuführen. Die Geschichte hat auch hier ihre Macht als die große Lehrerin der Menschheit zu bekunden und gewährt überdies im vorliegenden Fall den unschätzbaren Vortheil, daß kein Lehrstoff leichter in anregende und unterhaltende Form zu fassen ist, als der geschichtliche. Denn man muß vor Allem im Auge behalten, den Arbeiter nicht durch abstrakte Erörterungen zu langweilen, sondern durch lebensvolle Darstellungen zu unterhalten. Die heftigste Kritik der Sozialdemokratie ist ihre Geschichte. Wenn der Arbeiter einmal alle die weltbeglückenden Pläne jener Erfinder neuer Gesellschaftsordnungen und deren Mißerfolge kennen gelernt hat, so legt er von selbst den

kritischen Maafstab an die Lehren der meist herzlich unbedeutenden Apostel unserer Tage.

Man muß also dem Arbeiter an Beispielen zeigen, wie überall zu allen Zeiten und bei allen Völkern Elend und Noth vorhanden waren, wie es aber im Laufe der natürlichen Entwicklung auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung immer besser damit geworden, und wie namentlich in neuester Zeit das Tempo der Besserung in fortwährend rascherem Fortschreiten begriffen ist und naturgemäß der Richtung zuschreitet, welche der Sozialdemokrat mit einem Schläge im Wege der Revolution erreichen zu können glaubt. Das Steigen der Arbeitslöhne bei stetig herabgehendem Zinsfuß beweist unwiderleglich, wie der Antheil der Arbeiter am Gewinn der gemeinsamen Arbeit im Steigen, der des Kapitalisten im Fallen begriffen ist.

Es ist ferner nicht schwer, vernünftigen Menschen unwiderleglich nachzuweisen, wie schon in der Verschiedenheit der individuellen Veranlagungen, der Charaktere, der Ausbildung, des Fleißes, der Geschicklichkeit, der äußeren Schicksale, der körperlichen Zustände und Fähigkeiten u. s. w. Momente gegeben sind, welche niemals eine mechanische Gleichheit der Lebensstellungen zulassen, niemals Elend, Noth und Armuth aus der Welt verschwinden lassen werden, ganz abgesehen von dem Elend, welches sowohl die Folge als die gerechte Strafe der Lächerlichkeit ist. Es ist die verderblichste Irrlehre, dem Armen und Bedürftigen einen Zustand vorzuspiegeln, in welchem diese Geißeln der Menschheit vollständig beseitigt werden könnten, und geradezu verbrecherisch eine gewisse Menschenklasse — hier die Arbeitgeber — als diejenigen zu bezeichnen, welche dem Arbeiter den Weg in dieses Eldorado versperren.

Die Sozialdemokratie stellt die jetzt bestehende Scheidung in Arbeitgeber und Arbeiter, wie sie sich von selbst und ohne allen Zwang naturgemäß durch alle Zeiten und durch alle Völker des Erdballs hindurch entwickelt hat, als ein System der planmäßigen und willkürlichen Ausbeutung der Letzteren durch die Ersteren dar. Sie will an Stelle dessen die Arbeit auf gemeinsame Rechnung, unter Beseitigung also des Unterschiedes zwischen Arbeiter und Arbeitgeber treten lassen, nachdem sie sich zuvor auf einem Wege, der nur als ein

revolutionärer denkbar ist, in den Besitz der zur Produktion erforderlichen Werkzeuge und Kapitalien gesetzt hat, sei es durch Expropriation der Besitzenden, sei es — wie Lassalle will — durch Hergabe des Kapitals Seitens des Staates. Es ist in der That nicht schwer, vernünftigen Menschen, bis auf die unterste Stufe der Arbeiterschaft hinab, klar zu machen, wie naturgemäß die wirtschaftliche und soziale Scheidung in Arbeitgeber und Arbeiter ist, wobei der Letztere als Antheil am Gesamtgewinn einen festen Arbeitslohn erhält, während der Erstere, im Besitz des Kapitals und der zur Geschäftsleitung erforderlichen Intelligenz, die Chancen des Gewinnes oder Verlustes trägt. Die geschilderten individuellen Unterschiede aber in Anlagen, Befähigung, Fleiß, Geschicklichkeit, Körperkraft u. s. w. würden mit Naturnothwendigkeit sowohl jene Scheidung der Funktionen und wirtschaftlichen Stellung des Arbeiters und Arbeitgebers, als die bestehenden Unterschiede in der Lage des Einzelnen, also auch Noth und Elend, von selbst wieder herbeiführen, wenn es auch gelungen sein sollte, im Wege der Revolution einmal einen Zustand mechanischer Gleichförmigkeit für einige Zeit herbeigeführt zu haben. Es ist ebenso leicht statistisch nachweisbar, wie klein die Zahl der wirklich Reichen ist, und wie unwesentlich das Einkommen des Armen gehoben würde, wenn es wirklich einmal in der Welt zur gleichen Theilung käme. Ebenso leicht ist ferner der Beweis zu führen, daß wir bei einer arithmetischen Gleichheit der Vermögen und Einkommen auf alle jene großartigen Schöpfungen der materiellen und geistigen Welt verzichten müßten, welche den Reichthum, oder doch die Wohlhabenheit Einzelner zur nothwendigen Voraussetzung haben. Je tiefer man in die bestehende, auf Familie und Eigenthum aufgebaute christliche Weltordnung eindringt, desto mehr überzeugt man sich von der Gesetzmäßigkeit ihres Entstehens und Bestehens; nur die Böswilligkeit oder Oberflächlichkeit kann die Symptome der ihr anhängenden irdischen Unvollkommenheiten zu Grundfehlern ihrer Organisation stempeln wollen.

Im Großen und Ganzen kümmert sich allerdings die weitaus überwiegende Zahl der Anhänger der Sozialdemokratie nicht so sehr um jene letzten Ziele und Konsequenzen der von ihren Führern gepredigten Lehre. Den meisten derselben ist es einfach darum zu

thun, möglichst rasch geringere Arbeitszeit und höhere Löhne zu erreichen, unbekümmert um das, was die Zukunft bringen mag. Allein die Bekämpfung jener verderblichen Zukunftsbilder ist nichts desto weniger unumgänglich nothwendig, weil sie — und zwar vorwiegend in Deutschland — für den Zusammenhang der ganzen Partei den logischen Kitt bilden, vornehmlich aber, weil gerade hierdurch jene Erbitterung im Arbeiterstand geschürt wird, welche aus der Welt zu schaffen das erste Ziel der Gegenbestrebungen sein muß. Von der bewußten oder unbewußten Theilnahme an einem gewaltfamen Umsturz der bestehenden Gesellschaftsordnung, muß der Arbeiter in die Sphäre einer vernünftigen Wahrung seiner geistigen und materiellen Interessen auf dem Boden des Erreichbaren zurückgeleitet werden; auf letzterem muß er dann aber auch unsere volle Unterstützung finden.

Die hier in Kürze niedergelegten Betrachtungen sollten in der That jeden denkenden Arbeitgeber und überhaupt jedes gewissenhafte Mitglied der Gesellschaft unbedingt zur Anerkennung der Nothwendigkeit führen, daß einer so bedeutenden und einflußreichen Macht, wie die sozialdemokratische Presse, ein Gleichgewicht an Macht und Einfluß durch eine auf dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung stehende, im Uebrigen aber durchaus arbeiterfreundliche und die Interessen ihres Standes wahrende Presse entgegengestellt werden muß. Und dennoch hat sich diese Erkenntniß, wie schon mehrfach bemerkt, in keiner Weise noch Bahn gebrochen, ja es ist — von einzelnen Ausnahmen abgesehen, die durchaus zu keiner durchgreifenden, äußerlich erkennbaren Wirksamkeit gelangt sind — kaum der leiseste Anfang gemacht worden, den Feind mit denselben Waffen zu bekämpfen, denen er seine Haupterfolge bisher verdankt. Hier müssen unserer Ansicht nach die bestehenden und noch zu bildenden Vereinigungen der Arbeitgeber in erster Linie ihre Wirksamkeit beginnen, um die Wirksamkeit der sozialdemokratischen Presse zu paralyfieren, auf eine friedlichere Strömung in der Arbeiterwelt hinzuwirken und den gesund gebliebenen Arbeitern Muth zu machen, sich offen auf den Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung zu stellen und von hier aus wirksam in den Kampf gegen die sozialdemokratischen Ge-  
nosfen einzugreifen.

Eine dahin gerichtete Thätigkeit bedarf allerdings der Mittel, und zwar ansehnlicher Mittel. Es ist aber kaum ein Gebiet denkbar, auf welchem die Vereine der Arbeitgeber dieselben ersprießlicher und fruchtbringender verwenden könnten. Wir sind um so mehr der Meinung, daß die großen gewerblichen, landwirthschaftlichen und auch Handwerker-Vereine diese Frage in die Hand zu nehmen hätten, als dieselben einmal über ansehnliche Geldmittel verfügen und zum andern auf diesem Gebiet in gemeinsamer Organisation vorgegangen werden muß, wenn eine Wirkung auf die allgemeine Stimmung der Arbeiter hervortreten soll. Es muß also nach gemeinsamem Plane allerorts und von allen Seiten zugleich gewirkt werden. Gänzlich verkehrt wäre es hierbei, wenn man schablonisiren wollte, wenn man überhaupt glaubte, durch theoretische Abhandlungen, durch Zeitschriften, die lediglich dem sozialen Kampf gewidmet sind, einen wesentlichen Einfluß auf die Arbeiter zu gewinnen. Ein Centralorgan wie der „Sozialdemokrat“ mag auf jener Seite als Spitze der Organisation nützlich, ja nothwendig sein, indem es die Richtungslinien für die gemeinsamen Bestrebungen angiebt und stets für das nöthige Aufreizungsfutter sorgt. Auf Seiten der Vertheidiger der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung würde es dagegen kaum einen Zweck haben, jenem Evangelium einer neuen Weltordnung ein gleichartiges Organ entgegenzustellen, welches die Gesamtvertheidigung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung übernehmen und dabei unmittelbar auf die Arbeiterwelt wirken soll. Dabei bleibt aber nicht ausgeschlossen, daß etwa von Seiten der großen Vereine ein Central-Korrespondenzblatt geschaffen würde, welches, möglichst an konkrete Thatsachen anknüpfend, in kurzer, klarer und faßlicher Weise die Principien der alten Gesellschaft vertritt, die Utopien der neuen bekämpft und überhaupt dem gemeinsamen Kampf gegen die Sozialdemokratie die Richtungslinien anweist. Allerdings wird es unmöglich sein, einem solchen Organ direkten Eingang in die Arbeiterkreise zu verschaffen; sie würden es nicht halten, nicht lesen, oder würden doch dessen Lektüre sehr bald langweilig finden und davon zurücktreten. Und was man dem Arbeiter bietet, darf vor Allem nicht langweilig sein. Jenes Korrespondenzblatt könnte dagegen indirekt einen um so wohlthätigeren Einfluß ausüben, indem es den unmittelbar in die

Arbeiterkreise dringenden Blättern Stoff zuführt. Denn der wesentlichste Feldzugsplan wird sich darauf zu erstrecken haben, auf die Lokalblätter Einfluß zu gewinnen, welche bisher schon in Arbeiterkreise dringen, auch derartige Blätter in den verschiedensten Formen neu zu begründen oder begründen zu helfen.

Der Arbeiter darf, wie schon bemerkt, durchaus nicht mit theoretischer Polemik gegen die von ihm einmal aufgenommenen Ansichten und gegen die Grundlagen seiner gereizten Stimmung gelangweilt werden. Hierdurch erreicht man nichts. Der Lehr- und Heilstoff muß in der ganzen, sorgfältig zu überwachenden Gesamthaltung jener Blätter und immer nur in wenigen kurz und verständlich gehaltenen Artikeln zum Ausdruck gelangen. Im Uebrigen müssen diese Blätter wie bisher, und in erhöhtem Maaße künftig, der Unterhaltung und Belehrung des Arbeiters dienen, ihm die Tagesereignisse in der für seinen Geschmack und seinen Bildungsgrad geeigneten Weise mittheilen, und überhaupt in Scherz und Ernst solchen Unterhaltungsstoff liefern, wie ihn der Arbeiter liebt und wie er namentlich auch seinem Bedürfniß nach Kenntnißnahme lokaler Fragen und Ereignisse entspricht. Die belehrende Seite muß gleichsam den Kern bilden, während die Schaalē sich dem herrschenden Geschmack, den Neigungen und Interessen der Arbeiter anzubequemen hat.

Solche Blätter, wo sie vorhanden sind, zu gewinnen und einer einsichtigen, taktvollen, gewissenhaften Leitung zu unterstellen und da wo sie nicht vorhanden sind ins Leben zu rufen, ist eine der Hauptaufgaben, die namentlich in jenen Gegenden nachhaltig und kräftig ins Werk gesetzt werden müssen, wo die sozialdemokratischen Blätter am meisten verbreitet sind und wo diese Bewegung überhaupt am heftigsten auftritt. Bei einer derartigen Wirksamkeit muß man sich aber von vornherein darauf gefaßt machen, daß ein unmittelbarer Erfolg ihrer aufklärenden und zum Frieden hinführenden Thätigkeit unmöglich in kurzer Zeit hervortreten kann, um so weniger, als das erste Auftreten solcher literarischer Organe die Gegner nur zu erhöhter Thätigkeit anspornen wird. Wenn man also nicht gewillt ist, die Bemühungen in dieser Richtung und die dafür erforderlichen Opfer konsequent und ohne Rücksicht auf das Ausbleiben unmittelbar sicht-

barer Erfolge fortzusetzen, so fange man lieber gar nicht an. Man würde sonst nur den sozialdemokratischen Organen den Triumph bereiten, auf das rasche Wiedereingehen solcher Blätter hinweisen zu können.

Die Verbreitung solcher Blätter in den Arbeiterkreisen zu den billigsten Preisen würde dann eine Sorge sein, die in erster Linie wieder den einzelnen Arbeitgebern zufiele und für die ebenfalls Opfer nicht gescheut werden dürfen. Besonders wichtig ist es in dieser Beziehung auf die Besitzer der Wirthshäuser und sonstigen von Arbeitern besuchten Lokale einzuwirken, damit sie die aufreizenden Blätter verbannen, oder wenigstens den Organen, welche die bestehende Gesellschaftsordnung vertheidigen, den gleichzeitigen Zutritt nicht verwehren. Bemühungen in dieser Richtung lohnen sich ganz unzweifelhaft. Je weniger der Arbeiter liest, einen um so stärkeren Eindruck macht jede Lektüre auf ihn. Es ist durchaus nicht anzunehmen, daß er derartige literarische Gegenbestrebungen, wenn sie nur taktvoll und geschickt den bestehenden Verhältnissen angepaßt werden, unbeachtet lassen würde. Das „Gedruckte“ macht überhaupt auf den Arbeiter entschieden mehr Eindruck als auf die gebildeten Klassen. Mag also auch eine Propaganda in diesem Sinne zunächst keine sichtbaren Spuren hinterlassen, so regt sie doch den Arbeiter mehr und mehr zum Nachdenken an und wird mit der Zeit Zweifel über die Untrüglichkeit seiner Propheten in ihm erwecken. Dann ist der Boden für die gute Aussaat vorbereitet.

Eine in solchem Sinne geleitete Presse hat selbstverständlich zugleich die Aufgabe, die bisher noch nicht von jenen Ideen infizierten Arbeiter vor der Verführung zu schützen, auf guten Bahnen zu erhalten, ihnen insbesondere das Diskussions-Material zu liefern, um der Sozialdemokratie gegenüber ihren friedlichen Standpunkt vertheidigen zu können. Es dürfte in dieser Beziehung in Ueberlegung zu ziehen sein, ob es sich nicht Seitens der großen gewerblichen Vereine empfehlen möchte, Preise für Abfassung der besten populären Abhandlungen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie aususchreiben. Dieselben würden aber ihren Zweck gänzlich verfehlen, wenn darin nicht gleichzeitig der Nachweis geführt würde, wie alle berechtigten Forderungen der Arbeiter ihre Erfüllung auf

dem Boden der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung finden können und sollen.

Wenn wir im Vorstehenden den Arbeitgebern und ihren Vereinen anriethen, die kleineren Lokalblätter als das Gebiet anzusehen, auf welchem der Kampf gegen die Sozialdemokratie vorzugsweise mit Erfolg ausgefochten werden kann, so bleibt durchaus nicht ausgeschlossen, daß neben den schon gedachten Central-Korrespondenzen auch vereinzelte Flugschriften oder Flugblätter, sei es über besondere Themata, an die sich gerade das Tagesinteresse fesselt, sei es über soziale Streitfragen, sei es zur speziellen Bekämpfung sozialdemokratischer Rundgebungen oder Handlungen, von Zeit zu Zeit in den weitesten Arbeiterkreisen verbreitet werden. Hierbei wird nur stets der richtige Standpunkt einzunehmen sein, von welchem aus allein auf die Arbeiter gewirkt werden kann, indem man nämlich entschieden vermeidet, die Arbeiter in irgend ein politisches oder religiöses Abhängigkeitsverhältniß zu der von den Arbeitgebern selbst vertretenen Partei bringen zu wollen. Die Arbeitgeber müssen unbedingt und rückhaltlos die politische und soziale Freiheit des Arbeiters und die Berechtigung desselben, seine eigenen Interessen, auch wo dies dem Arbeitgeber nicht gerade angenehm ist, geltend zu machen, anerkennen und bloß da mit der Belehrung einsetzen, wo es gilt, den sozialen Frieden zu wahren und höheren Kulturaufgaben gerecht zu werden.

Diese Erwägungen werden vor Allem vor dem stärksten Mißgriff bewahren, welchen der einzuleitende Preßfeldzug begehen könnte, nämlich aus den für Belehrung und Unterhaltung der Arbeiter bestimmten Blättern Organe der Arbeitgeber und ihrer Interessen machen zu wollen. Sie sollen den Arbeitgeber, wo er oder sein Stand ungerecht angegriffen wird, vertheidigen, aber auch rücksichtslos gegen diejenigen Arbeitgeber auftreten, welche ihren sozialen Pflichten nicht nachkommen, die Arbeiter inhuman behandeln, überhaupt zu gerechten Klagen Anlaß geben. Diese Blätter würden sofort jeden Boden in der Arbeiterwelt verlieren, wenn sie sich nicht offen und ganz auf den Boden der Arbeiterinteressen stellten und die Besserung des Looses der Arbeiter selbst nach den Richtungen erstrebten, welche Opfer von den Arbeitgebern erheischen. In dieser Beziehung muß die Leitung solcher Blätter vollkommen unabhängig dastehen;

es dürften sogar deren Spalten auch gegentheiligen Ansichten geöffnet werden. Aus Widersprüchen entwickelt sich die Wahrheit am besten, und jeder Kampf erweckt Interesse.

In derselben Richtung wie die Blätter können auch Arbeiterbibliotheken, Lesezimmer u. s. w. wohlthätig auf die Arbeiter wirken. Als Ergänzung einer umfassenden und nachhaltigen Wirksamkeit der Presse wird auch der Hebel des Vereins- und Versammlungswesens kräftig, aber zugleich taktvoll zu benutzen sein. Dies kann geschehen einmal, indem man überhaupt alle jene Vereinrichtungen der Arbeiter begünstigt, unter Umständen materiell unterstützt, welche sich von sozialdemokratischen Bestrebungen fern halten und zum Anderen, indem man in öffentlichen Versammlungen auf eine Vertretung der sozialen Ordnungs- und Friedensinteressen hinzuwirken und geeignete Persönlichkeiten, wo möglich aus dem Arbeiterstande, hierfür zu gewinnen sucht. Es darf dabei durchaus nicht ausgeschlossen sein, daß auch der Arbeitgeber selbst sich persönlich auf dieses Gebiet begiebt, um aufklärend und versöhnend einzuwirken. Es wird dieses in jedem einzelnen Falle nach der Stellung und dem Ansehen zu beurtheilen sein, welche sich der Arbeitgeber auf dem Gebiet der Arbeiterfreundlichkeit erworben hat und welche ihm die Möglichkeit bieten, oder dieselbe ausschließen, auf die Arbeiter versöhnend und belehrend einwirken zu können. Eine stolze Zurückhaltung ist hier nicht am Platz. Der Haupteinfluß allerdings wird immer nur durch das Organ vernünftiger und intelligenter Arbeiter zu erreichen sein. Hierzu sind übrigens nicht bloß Arbeiterversammlungen, sondern Volksversammlungen im Allgemeinen der geeignete, oft sogar der geeignetste Platz, indem sich hier der Arbeitgeber mit den Arbeitern gleichsam auf neutralem Boden befindet.

Da die ganze Gesellschaft, nicht bloß der Arbeitgeber, an der Bekämpfung der Sozialdemokratie Interesse hat, so liegt es sehr nahe, sich auf diesem Gebiete nach Unterstützung umzusehen. Daß die Geistlichen diese in erster Linie leisten sollten, bedingt ihr Beruf. Und daß sie hierfür wirksam sein können, beweist z. B. der unverkennbare Einfluß der von Geistlichen geleiteten katholischen Gesellenvereine auf Bekämpfung der Sozialdemokratie in den Rheinlanden, im Elsaß u. s. w. Eine andere Frage, deren Erörterung nicht

hierhin gehört, ist allerdings, ob die Hekereien der Kaplanspresse den Frieden auf politisch-religiösem Gebiet nicht ebenso stark, selbst stärker geschädigt haben, als die einzelnen Geistlichen auf sozialem Gebiet Gutes wirkten. Die evangelische Geistlichkeit hat sich bis jetzt in eine direkte Bekämpfung der Sozialdemokratie noch weniger als wünschenswerth eingelassen. Allerdings müssen wir hierbei Stöcker's erwähnen, welcher die soziale und politische Demokratie gleichzeitig aufs heftigste angegriffen hat. Mag man mit seinem antisemitischen und orthodoxen Standpunkt auch durchaus nicht sympathisiren, so liefern seine Erfolge doch den unwiderleglichen Beweis, was ein unerforschenes, muthiges Auftreten auf sozialem Gebiet zu erreichen vermag, und hierin kann er allerdings allen denjenigen zur Nachahmung empfohlen werden, welche ihre Pflicht zum Kampf gegen die Sozialdemokratie ruft.

Als letztes Ziel aller hier geschilderten Bestrebungen stellen wir, so paradox es klingen mag, die Bildung gesunder und fest geschlossener Arbeiterkoalitionen hin, welche die Besserung ihres Looses Schritt für Schritt auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung erstreben und mit Muth und Selbstbewußtsein der Sozialdemokratie entgegentreten. Der Weg bis dahin mag noch ein weiter sein, aber er ist erreichbar und muß erreicht werden, wenn der Sieg der Ordnungspartei ein vollkommener sein soll. Nur mit Hülfe der Arbeiter kann der schließliche Entscheidungskampf gegen die Sozialdemokratie geführt und ein vollständiger Sieg errungen werden.

Wenn der Arbeitgeber aber zur Erreichung dieses letzten Zieles kräftig mitwirken will, so muß er sich vor Allem, wie schon mehrfach bemerkt, des jetzt noch leider so weit verbreiteten Vorurtheils gegen die Arbeiterkoalitionen im Allgemeinen vollständig entschlagen. Man wird ihm dabei vernünftigerweise nicht zumuthen wollen, daß er in dieser Beziehung die Wachsamkeit bei Seite lasse, daß er Organisationen begünstige, die vielleicht in wohlwollendster Absicht begründet, aber später zu Handhaben der Sozialdemokratie benutzt wurden, wie dies z. B. Seitens der Tausenden von sogenannten Fachvereinen geschieht, welche die sozialdemokratische Organisation in das Land hinaustragen und vervollständigen. Es kann sich also nicht darum handeln, blindlings jeden Verein zu unterstützen, welcher — wie auch jene Fach-

vereine thun — allgemein menschliche und arbeiterfreundliche Tendenzen äußerlich zur Schau trägt, in Wirklichkeit aber all seine geistigen und materiellen Mittel nur verwendet, um die Agitatoren der Partei zu befolgen, verbotene Blätter zu vertreiben, und feindliche Demonstrationen gegen die Arbeitgeber ins Werk zu setzen.

Der Drang zur Koalition liegt einmal in der Arbeiterwelt. Es handelt sich also nicht darum, demselben im Allgemeinen entgegen zu treten — dies wäre aussichtslos, selbst wenn es überhaupt zu wünschen wäre —, sondern ihm die richtigen Bahnen anzuweisen und ihn auf diesen Wegen kräftig zu unterstützen. Es sind also zunächst diejenigen Verbindungen zu unterstützen und die Arbeiter auf dieselben hinzuweisen, welche die angesammelten Mittel nicht, wie jene Fachvereine, zu agitatorischen Zwecken verwenden, sondern welche alles, was die Arbeiter von ihrem Lohn zusammentragen, lediglich auch für die Arbeiter und ihre Familien in Fällen der Arbeitsstörung, Noth, Krankheit u. s. w. verwenden. Diese Tendenz ist eine so naturgemäße, daß eine Vertretung derselben nicht erfolglos bleiben kann. Vereinigungen dieser Art existiren allerdings schon zahlreich, so namentlich in den Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereinen, in den Sterbeläden, Begräbnisklassen u. s. w., haben aber bisher noch nicht vermocht, eine wirksame Propaganda, sei es zum Zweck ihrer eigenen Ausbreitung, sei es zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ins Werk zu setzen. Vereine dieser und ähnlicher Richtung, insofern sie nur offen auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung stehen, zu unterstützen, auch wenn sie einmal in der Polemik nicht besonders friedlich auftreten, ja mitunter eine Neigung zur Inszenirung von Strikes bekunden, ist eine wichtige Aufgabe für die Arbeitgeber und ihre Vereinigungen. Es dürfte überhaupt zu überlegen sein, ob die Gesetzgebung nicht (es liegt hierüber gegenwärtig dem Reichstag ein Antrag vor) Arbeiter-Berufsvereinen auf solchen Grundlagen, und mit scharf begrenzten Zielen, durch Verleihung von Korporationsrechten zu Hülfe kommen dürfe, vorausgesetzt, daß die nöthige gesetzgeberische Garantie gewährt wird, daß solche Vereine niemals ihrem eigentlichen Zweck der gegenseitigen Hülfe und Unterstützung entfremdet und in Brutstätten der Sozialdemokratie, statt in Stützpunkte gegen dieselbe, umgewandelt werden können. Es ist dies eine der Fragen, welche

die Organe der großen Vereinigungen der Industriellen lebhaft beschäftigen sollten, ebenso auch die weitere Ausbildung des Genossenschaftswesens durch Einführung der Theilhaft. Vorsicht thut hier überall Noth, aber ebenso Unbefangenheit des Urtheils und Abstreifung hergebrachter Vorurtheile.

---

Die Erörterung der Stellung, welche die Gesamtheit der Arbeitgeber zu der bestehenden und künftigen Gesetzgebung über das Koalitionsrecht der Arbeiter einnehmen sollte, führt uns schließlich auf das Gebiet, wie die Arbeitgeber sich überhaupt der ganzen humanistischen Gesetzgebung gegenüber zu stellen haben, welche die Signatur unserer Zeit bildet. Nichts kann mehr zur Hebung des sozialen Friedens beitragen, wenn auch die Wirkungen erst allmählich hervortreten, als wenn die Arbeiter sehen, wie die Arbeitgeber sich nicht zögernd und zurückhaltend, sondern warm und anregend den sozialen Plänen gegenüber verhalten, welche Fürst Bismarck inauguriert hat, und die in der Allerhöchsten Botschaft vom 17. November 1881 ihren epochemachenden Ausdruck gefunden haben. Zwei der großen Gesetze der Arbeiterfürsorge, die Krankenversicherung und die Unfallversicherung, haben sich bereits eingebürgert und werden gegenwärtig durch die Gesetzgebung in immer weitere Kreise der Arbeiterwelt eingeführt. Niemand wird den Arbeitgebern nachsagen können, daß sie sich im Allgemeinen diesen Gesetzen gegenüber, von denen namentlich das letzte nicht unbedeutende Opfer von ihnen forderte, ablehnend oder engherzig verhalten hätten. Dieses geschah höchstens zur Zeit, wo man noch übertriebene Befürchtungen über die Höhe der Opfer hegte, weil das Gebiet, um welches es sich handelt, statistisch noch zu wenig aufgeklärt war.

Eine noch weit größere Aufgabe, welche den Schlußstein der sozialen Gesetzgebung Deutschlands bilden soll, hat sich aber die Reichsregierung vorgesetzt, und wenn sie zur Durchführung gelangt, so wird damit einer der größten und kühnsten Schritte gethan sein, wie sie bisher nur in den Wünschen der Menschenfreunde lebten, der Gesetzgebung selbst aber unerreichbar schienen. Es betrifft dies die geplante Alters- und Invalidenversorgung. Da der Gedanke

wohl als ausgeschlossen gelten darf, die alten und arbeitsunfähigen Arbeiter zu Staatspensionären machen zu wollen, so liegt es auf der Hand, wie die Aufbringung des größten Theiles der für diese große Aufgabe erforderlichen Mittel von den Arbeitgebern erwartet werden muß, wobei aber unserer Ansicht nach durchaus nicht ausgeschlossen werden darf, daß auch der Arbeiter zu dieser „Sparkasse für das Alter“ seinen Beitrag zu leisten hat, auch Gemeinde oder Staat für den Antheil heranzuziehen sind, welcher ihnen künftig in der bisherigen Armenpflege erspart wird.

Das Gebiet, um welches es sich hier handelt, ist noch viel weniger aufgeklärt, als es das der Unfallverhütung bei Inangriffnahme der betreffenden Gesetzgebung war. Die Statistik bietet in der That bis jetzt noch keinen genügenden Anhalt, wie groß die zu erwartende Zahl der Arbeitsinvaliden und welches das Maaß der erforderlichen Mittel sein wird, welche die Erreichung dieses Zweckes beansprucht. Es ist unter diesen Umständen erklärlich, daß die beabsichtigte Maaßregel zur Zeit noch vielfachen Zweifeln an ihrer Durchführbarkeit überhaupt, insbesondere aber Befürchtungen einer übermäßigen Belastung der Arbeitgeber in weiteren Kreisen begegnet, ganz abgesehen von den doktrinären Bedenken, ob die Staatsgewalt überhaupt mit gesetzlichem Zwang in dieses Gebiet eindringen solle oder dürfe. Der Arbeitgeber ist nun sicherlich vollständig berechtigt, von dem Gesetzgeber zu verlangen, daß er auf diesem Gebiete mit höchster Vorsicht voranschreite und ihm namentlich keine Verpflichtungen auferlege, die er aus Rücksichten der internationalen Konkurrenz nicht zu tragen im Stande ist. Mit dieser berechtigten und naturgemäßen Reserve aber können wir dem Arbeitgeber nichts dringender anrathen, als daß er sich den hochherzigen und wohlwollenden Absichten der Reichsregierung gegenüber nicht ablehnend oder zögernd verhalte, sondern ihnen voll zustimme, ja dieser Bewegung die Fahne trage. Sollte es nicht eine schöne Aufgabe der großen gewerblichen und sonstigen Vereine von Arbeitgebern sein, aus eigener Initiative an die Erforschung und Klarstellung der Grundlagen der Altersversorgung heranzutreten und der Gesetzgebung mit eigenen Vorschlägen entgegen zu kommen? Nichts könnte wohlthuernder, versöhnlicher

auf die Arbeiterwelt zurückwirken, als wenn die Arbeitgeber selbst die Botschaft vom 17. November 1881 ihrer Verwirklichung näher brächten. Die einmal von solcher Stelle ausgesprochene Idee der Alters- und Invalidenversorgung kann nicht wieder im Sand verlaufen.

Denn so groß auch die Zahl der Arbeiter sein mag, welche bei gehöriger Sparsamkeit und unter normalen Verhältnissen einen Sparspfennig für ihr Alter zurücklegen könnten, so muß doch im Allgemeinen zugestanden werden, wie die Lohnverhältnisse und die unabweislichen Anforderungen und Gewohnheiten des Lebens dem größten Theil der Arbeiter dies nicht ermöglichen, insbesondere dann nicht, wenn Krankheit, Unglück in der Familie, körperliche Schwäche oder dergl. den Arbeitsverdienst aufzehren oder verminderten. Wir können nicht umhin, eine moralische Verpflichtung der Arbeitgeber anzuerkennen, daß sie für diejenigen, welche ihnen in den Tagen der Kraft und Gesundheit zur Befruchtung ihrer Thätigkeit und ihres Kapitals Beistand leisteten, auch eine Reserve für die Lage ansammeln, wo diese Kraft abgenutzt ist, daß sie ihnen gleichsam im Alter dasjenige nachzahlen, was den Arbeitern selbst, bei ungenügender Lohnhöhe, zurückzulegen nicht möglich war.

Dieses Gefühl beginnt sich in neuerer Zeit immer mehr Bahn zu brechen und hat nicht bloß in einer Zahl von größeren gewerblichen Unternehmungen bereits zu einer vollständig organisirten Alters- und Invalidenversorgung geführt, sondern auch in der alten Institution der Knappschaftskassen bereits eine gesetzliche Organisation gefunden, die in vieler Beziehung als Vorbild dienen kann. Wenn wir aber die Statistik sowohl der Knappschaftskassen als auch der vereinzelter Einrichtungen betrachten, welche in privativem Wege auf diesem Gebiete durchgeführt worden sind, so gewinnen wir hierdurch, da hier der Wechsel der Arbeiter als mitbestimmend sehr stark in Frage kommt, immer noch keine präzisen Anhaltspunkte, um im Voraus berechnen zu können, wie hoch durch bestimmte Alters- und Invalidenpensionen das wirtschaftliche Leben belastet werden würde. Allein wer sich eingehend mit diesem Gegenstand beschäftigt hat, wird doch, auf Grund der bisherigen, wenn auch noch so lückenhaften Erfahrungen, zu der Ueberzeugung gelangt sein, wie die Durchführung der Institution der Alters- und Invalidenversorgung, zunächst innerhalb

mäßiger Grenzen, durchaus nicht jene ungeheuren Opfer, jene vielen Hunderte von Millionen erfordern würde, wodurch die doktrinären Gegner dieser Institution vom Betreten dieses Weges überhaupt abzuhalten suchen.

Fassen wir die unbestreitbare Thatsache ins Auge, daß die Arbeitslöhne fortwährend im Steigen sind und naturgemäß im Steigen bleiben werden, so erscheint es doch sehr wohl denkbar, daß die natürliche Steigerungsquote künftiger Jahre zwischen der Erhöhung des Arbeitslohnes und der Abführung einer Quote an die Alters- und Invalidenversorgung getheilt werde. Es ist sehr schwer, hier bestimmte Prozentsätze des Arbeitslohnes als voraussichtlich genügend bezeichnen zu wollen, insbesondere, da die Höhe der erforderlichen Mittel in erster Linie dadurch bestimmt wird, ob jeder Arbeiter von einem gewissen Lebensalter, oder von einer bestimmten Dienstzeit ab, eine feste Rente erhalten soll (was, wenn die Arbeiter selbst zum Beitrage herangezogen werden, wohl als geboten erscheint), oder ob Renten nur beim Eintritt wirklicher Invalidität oder Arbeitsunfähigkeit gezahlt, oder ob beide Bedingungen kombinirt werden sollen. Und demnächst kommt die Höhe der zu gewährenden Pensionen oder Unterstützungen in Betracht. Unsere unmaäßgebliche Ansicht ist, daß bei einer vernünftigen Organisation, welche im Anfange ihre Aufgaben nicht zu weit greift, sondern nur den Rahmen für ein künftiges Fortschreiten zu bilden bestimmt ist, schon eine einigermaßen befriedigende Lösung der Aufgabe erreicht werden kann, wenn allmählich Beiträge der Arbeitgeber bis zu 2 Prozent, und der Arbeiter bis zu 1 Prozent des Arbeitslohns eingeführt werden, denen dann noch entsprechende Zuschüsse Seitens der Gemeinden oder des Staates hinzutreten würden. Schreitet man nur mit dieser großartigen Maßregel ganz allmählich und vorsichtig vor, und zwar so, daß man nur soweit feststehende Verpflichtungen übernimmt, als sich deren Maß — also die Opfer der Arbeitgeber und Arbeiter — übersehen läßt, so erscheint es uns durchaus nicht als Chimärisch, die Alters- und Invalidenversorgung innerhalb nicht allzulanger Zeit in genügender Weise durchgeführt zu sehen, und zwar hoffentlich von vornherein für

alle Arbeitsgebiete, also Gewerbe, Landwirthschaft, Handel, Handwerk und Haus.

Es scheint uns Pflicht und zugleich Gebot der Klugheit Seitens der Arbeitgeber zu sein, unter den gedachten Voraussetzungen allmählicher und vorsichtiger Einführung, welche sicherlich auch die Reichsregierung in den zu erwartenden Vorlagen nicht außer Augen lassen wird, voll und ganz für die Durchführung dieser Institution einzutreten. Nichts kann mit der Zeit wohlthätiger auf die Stimmung der Arbeiter zurückwirken, wenn auch die Sozialdemokraten bis jetzt, eben weil sie die Versöhnung zwischen Arbeiter und Gesellschaft fürchten, nur Hohn und Spott für alle menschenfreundlichen Bestrebungen in dieser Richtung haben und dieselben als ärmliche, des freien Arbeiters unwürdige Abschlagszahlungen auf das Glück betrachten, welches sie ihm im sozialistischen Zukunftsstaat in Aussicht stellen. Auf die Dauer aber halten Zukunftsbilder gegen die greifbare Realität doch nicht vor.

Ein weiteres Verdienst können sich die Arbeitgeber erwerben, wenn sie unbefangenen Blickes und von humanem Gefühl befeelt, die Gesetzgebung im Gebiete des Arbeiterschutzes zu fördern suchen. Die Fragen der Beschränkung der Kinderarbeit und einer mißbräuchlichen Ausdehnung der Arbeitszeit auch der erwachsenen Arbeiter haben wir bereits in der Kürze erörtert. Hierhin gehören auch noch die Fragen der Sonntagsarbeit, der Frauenarbeit und der Nachtarbeit der Frauen und Kinder.\*) Die thunlichste Einschränkung der

---

\*) Die unter dem Vorsitz des Verfassers dieser Zeilen in der gegenwärtigen Session des Reichstags niedergesetzte Arbeiterschutzkommission, zu der etwa ein Drittel Industrielle gehören, hat sich einstimmig über einen Gesetzentwurf (Antragsteller Hise) geeinigt, wonach unter Andern vom 1. April 1890 ab die Beschäftigung von Kindern in Fabriken erst nach Absolvirung der gesetzlichen Schulpflicht, und keinesfalls vor zurückgelegtem dreizehnten Lebensjahr, statthaft sein soll, auch die Nacht- und Sonntagsarbeit für Arbeiterinnen verboten wird. Wenn, wie wir hoffen, dieser Entwurf die Zustimmung des Reichstags und der verbündeten Regierungen findet, so ist damit ein weiterer erfreulicher Schritt in der Fortbildung unserer Arbeiterschutzgesetzgebung gethan. Ueber die Frage der Kinderarbeit in der Kleinindustrie und im Hausgewerbe, sowie über die Frage des Maximalarbeitstags hat sich dagegen die Kommission, und wohl mit vollem Recht, noch nicht schlüssig machen wollen, vielmehr durch Resolutionen die Anstellung näherer Untersuchungen anempfohlen.

Sonntagsarbeit entspricht insbesondere einem von allen Kreisen der Arbeiterwelt getheilten Wunsche, welchem man durch die Gesetzgebung möglichst weit entgegen kommen sollte. Auch hier wie auf dem Gebiet der Altersversorgung wird dem Arbeitgeber nicht zugemuthet werden können, seine eigenen Interessen ganz hinten zu setzen, bloß humanistischen Eingebungen zu folgen. Allein er wird ebenso ernst zu überlegen haben, wie weit er die Last des Arbeiters erleichtern kann, ohne daß seine Existenzbedingungen dadurch gefährdet werden.

Wie wir ebenfalls schon erwähnten sollte der Arbeitgeber sich auch nicht ohne Weiteres ablehnend gegen solche Schöpfungen, wie z. B. die aus Arbeitern und Arbeitgebern zusammengesetzten Arbeitskammern, verhalten, welche bestimmt sind, dem Arbeiter einen Antheil an der Entscheidung oder Begutachtung solcher Angelegenheiten zu sichern, die ihm und dem Arbeitgeber gemeinsam sind, und wobei seine Mitwirkung als unbedenklich, ja vortheilhaft erscheinen kann. Alles, was das berechtigte Standesgefühl der Arbeiter erhöht, kann dem Arbeitgeber nicht gefährlich werden, wohl aber wesentlich zur Festigung des sozialen Friedens beitragen. Es liegt darin auch durchaus keine Nachgiebigkeit gegen sozialdemokratische Forderungen, deren Arbeitskammern mit unseren Vorschlägen nur den Namen gemeinschaftlich haben.

Mit allen diesen Ausführungen ist das weite Gebiet der humanitären Gesetzgebung noch bei Weitem nicht erschöpft. Es gehört z. B. hierher auch das vor einigen Jahren im Reichstag eingebrachte und leider nicht zur Beschlußfassung gelangte Gesetz über das Postsparkassenwesen, welches der Unterstützung der Arbeitgeber sicherlich im höchsten Grade würdig ist, indem es die hochwichtige Sparkassenfrage für die Arbeiter mit einem Male lösen und die privativen Bemühungen des einzelnen Arbeitgebers überflüssig machen würde. Die gegen dieses Gesetz im Interesse der Gemeindesparkassen geltend gemachten Bedenken werden sich sicherlich beseitigen lassen, wenn man nur ernstlich an die Frage herantritt.

Ohne in Weiteres einzugehen, sei nur im Allgemeinen nochmals auf die hohe Wichtigkeit hingewiesen, daß die Arbeitgeber sich rückhaltlos dem humanitären Zug unserer neueren Gesetzgebung anschließen

und den Arbeitern die Ueberzeugung beibringen, wie sie ernstlich deren Wohlfahrt und die Besserung ihrer Lage erstreben und eigene, selbst bedeutende Opfer dabei nicht scheuen. In dieser Haltung werden sie sicherlich auch ihren eigenen Interessen, so weit sie berechtigt sind, besser zur dauernden Berücksichtigung verhelfen, als im Wege der engherzigen Opposition.

Mit der thatkräftigen Theilnahme an positiven Schöpfungen zu Gunsten der arbeitenden Klassen liegt aber auch den Arbeitgebern, insbesondere in der Industrie, ebenso sehr die Verpflichtung ob, etwaigen schädlichen Maaßregeln entgegen zu wirken. Die gegenwärtig hervortretenden maaßlosen agrarischen Forderungen abermaliger bedeutender Erhöhung der Getreide- und Viehzölle würden sowohl zu einer weitgehenden materiellen Schädigung der Arbeiterinteressen (zwei Drittheile des Arbeitslohnes werden für die Ernährung verwendet) führen, als auch der Wiederherstellung des sozialen Friedens, an der wir arbeiten, diametral entgegen wirken. Wir hoffen, die Gesetzgeber überlegen sich dies zwei- und dreimal, ehe sie solchen Forderungen nachgeben.

Schließen wir hiermit unsere Betrachtungen über die sozialen Aufgaben der Arbeitgeber ab, obgleich dieses weite Gebiet noch keineswegs erschöpft ist, so resumiren wir unsere Ansichten zunächst dahin, daß jeder einzelne Arbeitgeber es in der Hand hat, im Kreise seiner Arbeiterschaft den sozialen Frieden herzustellen und zu erhalten. Nur wenn die Mehrzahl der Arbeitgeber sich von der Größe und Bedeutung dieser Pflicht durchdringen läßt und rasch und einmüthig danach handelt, kann der Grund zu weiterem erfolgreichen Wirken gelegt werden. Durch die Presse z. B. wirken zu wollen, ehe im eigenen Interessenbereich der Humanität Genüge geleistet ist, würde den Arbeitgeber nur als Wegweiser hinstellen, der den richtigen Weg zeigt, aber nicht selbst geht. Nur durch eigene Opferwilligkeit kann sich der Arbeitgeber das Mandat erwerben, in die Herstellung des sozialen Friedens wirksam eingreifen zu können; entgegengesetzten Falls verfällt er dem Spott der Arbeiter und ihre Erbitterung wird nur gesteigert. Jeder thue an seiner Stelle seine Pflicht; bestimmte Formeln aber für die Durchführung dieser Aufgabe giebt es nicht. Sie gestaltet sich unendlich verschieden für Gewerbe, für Landwirth-

schaft, für Handwerk u. s. w., verschieden für jeden konkreten Fall und die dadurch bedingten Grenzen der Nothwendigkeit und Möglichkeit einer Einwirkung im Sinne der Humanität und des praktischen Christenthums, verschieden auch im Hinblick auf Bekämpfung bereits hereingebrochener Schäden, oder auf bloße Abwehr gegen deren Einbringen, verschieden endlich durch die Grenzen, die dem einzelnen Arbeitgeber durch seine Mittel gezogen sind.

Diese Zeilen aber haben ihren Zweck erreicht, wenn sie denjenigen Arbeitgebern, welche bisher dem Anwachsen der feindlichen Agitation und der Mißstimmung und Erbitterung unter den Arbeitern sorglos oder rathlos gegenüberstanden, die Ueberzeugung beibringen, wie Menschenpflicht und auch wohlverstandenes eigenes Interesse sie veranlassen müssen, zu ihrem Theil an der Herstellung des sozialen Friedens mitzuarbeiten, sich zu dem Ende hergebrachter, mit den fortschreitenden Anforderungen der Menschlichkeit nicht im Einklang befindlicher veralteter und engherziger Anschauungen zu entschlagen, fromme Wünsche in praktische Thaten zu übersetzen, und mit festem Griff in das Steuerruder das Schiff ihrer Lebensanschauungen aus dem bequemen Dahintreiben in dem trägfließenden Strom des Hergebrachten, in das Fahrwasser bewußter und opferwilliger Humanität zu lenken.

---